



## Protokoll

### **20. Sitzung des Gemeinderates Montag, 11. November 2019, 19:00 Uhr bis 21:18 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 39/2019 der Sekundarschulpflege: BWS, Ersatzneubau Pavillon und Ersatz Heizungsanlage, Genehmigung Projektierungskredit von CHF 425'000 (inkl. MWST)
- 4 Weisung 37/2019 der Primarschulpflege: Schulanlage Hasenbühl, Integration Tagesstrukturen, Baukredit von 2'488'000 Franken inkl. MWST
- 5 Motion 509/2018 von Richard Sägesser (FDP), Daniel Pellegrini (FDP), Peter Müller (FDP) und Jürg Krauer (FDP): Bildungszentrum in Uster - auch in Zukunft!
- 6 Motion 511/2018 von Patricio Frei (Grüne) und Meret Schneider (Grüne): Schutz der Artenvielfalt
- 7 Postulat 531/2019 von Markus Wanner (SP), Ali Özcan (SP), Anita Borer (SVP) und Giuseppe Biacchi (SVP): Museen stärken in Uster
- 8 Postulat 518/2018 von Markus Ehrensperger (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP) und Silvio Foiera (EDU): Öffentliche Velopumpen an ausgewählten Standorten
- 9 Postulat 510/2018 von Florin Schütz (SP) und Salome Schaerer (SP): Unterzeichnung "Charta der Lohnleichheit im öffentlichen Sektor"
- 10 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz	Ursula Räuftlin (Grünliberale), Präsidentin
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Daniel Stein, Stadtschreiber
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident
Ausstand	Rolf Denzler (SVP, Nänikon) bei TOP 3
Entschuldigt	Larissa Weile (Grüne) Stadtrat Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen
Presse	Laura Cassani, AvU Benjamin Rothschild, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und die Zuschauer, insbesondere Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerber auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

## Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## Persönliche Erklärungen

Mary **Rauber** (EVP) erklärt zum « Kinderrechtstag» vom 20. November 2019: *Am 20. November 2019 ist Tag der Kinderrechte, wozu ich Sie auf 16 Uhr ins Familienzentrum einlade.*

Ivo **Koller** (BDP) verliest folgende Erklärung: *Ich bin meistens kein Fan der Regio-Titelgeschichte, treffen sie doch irgendwie nicht meinen journalistischen Geschmack. Die Story über Fredy Baumann und sein Velo haben letzte Woche aber meinen persönlichen Nerv getroffen. Endlich habe ich mir gedacht, endlich äussert sich mal ein Nicht-Politiker zur unhaltbaren Situation auf der Oberlandstrasse und seinen Mittelinseln. Zur Erinnerung – im Bereich des Wohn- und Pflegezentrums wurden in der Strassenmitte Verkehrsinseln eingebaut, wodurch die Strasse so schmal wurde, dass Autos eigentlich nicht mehr überholen können. Viele Autofahrer überholen eben trotzdem, wodurch, man kann's nicht anders sagen, verdammt gefährliche Situationen entstehen. Punkto Verkehrssicherheit ist dieser Strassenabschnitt der Horror. Ich habe Verständnis für jeden Velofahrer, der auf das Trottoir ausweicht und nicht überfahren werden will. Was es bedeutet mit Kindern auf dieser Strasse unterwegs zu sein, muss ich Ihnen nicht erklären. Auch wenn es eine Kantonsstrasse ist, der Ball von Fredy Baumann soll jetzt aufgenommen werden. Die Entschärfung dieses Strassenabschnitts bedingt ein Einschreiten der Politik. Ich fordere deshalb den Stadtrat auf beim Kanton vorstellig zu werden.*

Markus **Ehrensperger** (SVP) verliest folgende Erklärung: *Seit noch nicht mal 2 Jahren haben wir eine rot-grüne Stadtregierung und bereits haben wir den Salat: Der Jahresverlust hat sich „ver-x-facht“, die Steuern steigen und die Ausgaben sind ausser Kontrolle. Auch im Bereich Kultur findet offenbar nur noch linke Kunst – wenn ich den Volksmund zitieren darf – grosszügige Unterstützung. Freiwilliges Engagement existiert in der rot-grünen Staatstheorie ja nicht und bedarf daher keiner Unterstützung.*

*Vereinfacht gesagt, mit der Stadt geht's bachab. Das Einzige, das aufwärts geht, ist der Steuerfuss.*

*Damit komme ich bereits zum Schlussfazit meines Referats: Es ist nicht verwunderlich, dass sogar der Stadtschreiber vor dieser rot-grünen Stadtregierung flüchten muss und in die Stadt Zürich wechselt. (Heiterkeit im Saal)*

## 1 Mitteilungen

Die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne haben sich Beifallsbekundungen oder Äusserungen der Zustimmung oder des Unmuts, was den Gang der Verhandlungen im Rat angeht, zu enthalten.

Gemeinderat Marco Ghelfi (Grüne) nimmt heute erstmals an einer Ratssitzung teil. Die Ratspräsidentin wünscht dem neu eingetretenen Kollegen für seine Amtstätigkeit viel Erfolg (vergleiche Seite 527).

Die Ratspräsidentin weist betreffend Budget und Jahresrechnung darauf hin, dass für die Vorbereitung der Kommissionssitzungen die Unterlagen aus den Subkommissionen, insbesondere Antworten zu den Fragekatalogen und Formulare Wirkungsprüfung, jeweils auch dem Parlamentsdienst zuzustellen sind.

Die Geschäftsleitung hat am Mittwoch, 6. November 2019 das Büro des Generalrates von Murten (Parlament) unter dem Vorsitz von Präsident Stefan Hurni (FDP) im Stadthaus zu einem Gegenbesuch empfangen (vergleiche Seite 381).

Die Ratspräsidentin verfügt nicht unbedingt über die Gabe der Prophetie, hat sie doch an der letzten Ratssitzung beim Rücktritt von Meret Schneider (Grüne) erklärt gehabt (vergleiche Seite 522), dass *wir noch viel von ihr hören würden. Das ist inzwischen rascher als erwartet geschehen, denn Meret Schneider ist am 20. Oktober 2019 in den Nationalrat gewählt worden. Wir gratulieren herzlich und wünschen ihr für diese neue Behördentätigkeit alles Gute und viel Erfolg. Im Anschluss an die heutige Ratssitzung lädt Meret Schneider zum Abschiedsumtrunk ein. Unsere Nationalrätin wird noch heute einen Blumenstrauss erhalten.*

Die Ratspräsidentin gratuliert Jürg Krauer (FDP), der heute seinen 40. Geburtstag feiern kann. (Applaus)

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 19. Sitzung des Gemeinderates vom 23. September 2019 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von (Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

### **3 Weisung 39/2019 der Sekundarschulpflege: BWS, Ersatzneubau Pavillon und Ersatz Heizungsanlage, Genehmigung Projektierungskredit von CHF 425'000 (inkl. MWST)**

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Angelika **Zarotti** (SP): *Die Berufswahlschule ist ein ergänzendes Angebot der Regelschule und ermöglicht Schülerinnen und Schülern, welche nach der obligatorischen Schulzeit keine Anschlusslösung gefunden haben, im 10. Schuljahr ihre Berufswahl zu vertiefen. Zur Zeit bietet die Schule ca. 190 Schülerinnen und Schülern Platz.*

*Im Jahre 2014 beteiligte sich die BWS an einem gemeinsamen Projektwettbewerb mit der Genossenschaft Alterssiedlung Rehbühl. Ziel des Projektes war die Planung für den Ersatz des provisorischen Pavillons, Ersatz der Heizungsanlage und der Ausbau der Küche. Das Siegerprojekt war die Grundlage für einen gemeinsamen Gestaltungsplan. 2016 wurde dieser durch den Gemeinderat genehmigt. [GRB 5.9.2016: Antrag 56/2016]*

*Nun beantragt die Sekundarschule einen neuen Projektkredit von 425'000 bei einer Bausumme von 5,5 Mio. Gemäss Aussage der SSU wurde die Bausumme von den Architekten berechnet und es ist nicht mit mehr zu rechnen.*

*Die Bedürfnisse der BWS haben sich aber in der Zwischenzeit verändert. Der Raumbedarf ist immer noch der gleiche, aber von Synergien mit der Nachbarschaft wird abgesehen. Die Gebrauchsdauer der Klassenzimmer ist erreicht und müssen ersetzt werden. Ebenso muss die Heizung ersetzt werden.*

*Die Schule wünscht sich einen Ausbau der Küche zu einer Lernküche. Die Lern- und Gastküche ist ein Novum und muss verschiedene Möglichkeiten erfüllen. Geplant ist, dass Lernende für die Lehrpersonen und die gesamte BWS kochen. Es sollte eine Mensa für die BWS sein und es macht keinen Sinn, eine Cafeteria für die Alterssiedlung zu führen.*

*Das Projekt wird mit dem gleichen Architekturbüro, neff neumann, welches 2016 den Gestaltungsplan erarbeitet hat, durchgeführt.*

*In der Kommission gab unter anderem der Strategiewechsel zu diskutieren. Es wurde aber erläutert, dass sich die neue Schulleitung auf ihre Kernkompetenz beschränken will. Der Gestaltungsplan, der ebenfalls mit dem Architekturbüro neff neumann realisiert werden soll, ermöglicht der Stadt einen gemeinsamen Platz zu schaffen: Für die Alterssiedlung Rehbühl einen Zugang näher der Hauptachse und der BWS einen neuen Eingang. Die Synergien sieht man vor allem im Gestaltungsplan für das gesamte Quartier. Das Einvernehmen mit der Genossenschaft ist sehr gut.*

*In der Tatsache, dass sowohl die Heizung als auch der Pavillon ihr Alter erreicht haben, unterstützt die KBK diesen Antrag. Die Kommission hat dem Antrag mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) zugestimmt.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Walter **Meier** (EVP): *Die PRK hat das Geschäft am 28. Oktober 2019 beraten. Der Pavillon auf dem Gelände der BWS war bereits alt, als er von der Schulanlage Freiestrasse zur BWS verschoben wurde. Er muss dringend ersetzt werden. Ebenso ist die Heizanlage am Lebensende und es ist zu hoffen, dass sie noch solange hält, bis der Ersatz da ist. Der Projektierungskredit ist unbestritten. In der RPK wurden folgende Punkte diskutiert:*

- Der Gemeinderat hat anfangs 2016 den Gestaltungsplan Rehbühl festgesetzt. Dieser umfasst das Gelände der BWS und dasjenige der angrenzenden Alterssiedlung. Die Sekundarschulpflege ist im Gespräch mit dem Vorstand der Alterssiedlung. Nachdem man jetzt auf Seite Schule das Projekt vorantreibt, wird die Aussenraumgestaltung durch den gleichen Landschaftsarchitekten geplant. Auf eine gemeinsame Cafeteria wird verzichtet.*
- Es ist klar, dass bei der Heizung eine Variante mit einem alternativen Energieträger gebaut wird. Was die sinnvollste Lösung ist, wird im weiteren Planungsprozess noch geklärt.*
- Die Zusammenarbeit mit neff neumann Architekten (diese haben den Projektwettbewerb gewonnen) ist angenehm.*

- *Es stellt sich noch die Frage, was mit der Schulküche gemacht wird, welche durch die neue Gastküche ersetzt wird. In der Sitzung kam die Idee auf, diese der Primarschule fürs Schulhaus Hasenbühl zu vermachen. Doch wurde bald klar, dass diese Idee nicht umgesetzt werden kann, weil einerseits im Schulhaus Hasenbühl eine Gastküche benötigt wird, zudem stimmt der Zeitplan nicht. Die Küche der BWS wird im Jahr 2022 zu haben sein; die Küche im Hasenbühl muss bereits im Sommer 2020 den Betrieb aufnehmen.*

*Die RPK beantragt dem Gemeinderat mit 8:0 Stimmen (abwesend 1), den Projektierungskredit zu genehmigen.*

Der Präsident der Sekundarschulpflege, Benno **Scherrer**, nimmt Stellung: *Ich danke Ihnen namens der SSU für die positive Aufnahme Geschäfts. Der Pavillon ist, wie bereits von Walter Meier erwähnt, sehr alt. Wir setzen alles daran, das Geschäft im Rahmen des Gestaltungsplanes umzusetzen. Die Zusammenarbeit mit den Architekten ist sehr gut. Ich kann Ihnen den Kredit mit gutem Gewissen zur Annahme empfehlen.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Der Gemeinderat hat im Januar 2016 den Gestaltungsplan Rehbühl genehmigt. Schon damals war allen Akteuren bewusst, dass beim Pavillon das Lebensende erreicht ist. Deshalb wundert man sich, dass die Sek Uster fast vier Jahre gebraucht hat für diesen Antrag. Und es geht ja gar noch nicht um den Bau, sondern erst um den Projektierungskredit.*

*Wer mit der Sek Uster etwas vertraut ist, weiss natürlich, dass seit der Präsentation des Siegerprojekts für das Rehbühl die Sek an anderer Stelle gebaut hat: Die Erweiterung der Schulanlage Weidli und der Neubau im Krämeracker gingen vor. Jetzt hat man Zeit für die BWS.*

*Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion stimmt der Weisung 39/2019 zu. Wir freuen uns auf die Behandlung des Baukredits in 10 Monaten. Besonders interessiert uns dann, welche Variante bei der Heizung ausgewählt wird.*

Für die SP-Fraktion referiert Angelika **Zarotti** (SP): *Die Ausgangslage der BWS hat sich seit dem Projektierungswettbewerb von 2014 verändert.*

*Der Raumbedarf ist immer noch gleich, aber durch den neuen Schulleiter wird von den Synergien mit der Nachbarschaft abgesehen. Der Pavillon, welcher seine Gebrauchsdauer erreicht hat, muss ersetzt werden. Ebenso muss die Heizung ersetzt werden und aus der Küche soll eine Lernküche gebaut werden, welche für die Ausbildung im Profil Gastgewerbe/Hauswirtschaft/Hotellerie notwendig ist. Ebenso können mit der neuen Kücheninfrastruktur 100 Essen pro Tag professionell zubereitet werden. Auch muss die Heizungsanlage dringend ersetzt werden.*

*Aus diesen Gründen hat die Sekundarstufe die Arbeit mit dem Architekturbüro neff neumann aufgenommen. Das Siegerprojekt von 2014 wurde durch dieses Architekturbüro realisiert.*

*Die Synergien, welche dazumal angedacht waren (Krippe, gemeinsame Cafeteria), stehen jetzt nicht mehr im Vordergrund. Wichtig ist, dass die BWS ihren Kernaufgaben nachkommen kann. Die SP bedauert es sehr, dass vom ursprünglichen Gestaltungsplan nicht mehr alles vorhanden ist, wünscht aber, dass die Ideen, welche jetzt da sind, umgesetzt werden.*

*Das Einvernehmen mit der Stiftung des Altersheims ist auch mit dem neuen Projekt gut.*

*Die Fraktion der SP wird dieser Weisung zustimmen.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen (im Ausstand 1):**

- 1. Der Projektierungskredit für den Ersatzneubau Pavillon und den Ersatz der Heizung der Berufswahlschule Uster (BWS) mit Betrag von CHF 425'000.00 (inkl. MwSt.) wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an die Sekundarschulpflege.**

#### 4 Weisung 37/2019 der Primarschulpflege: Schulanlage Hasenbühl, Integration Tagesstrukturen, Baukredit von 2'488'000 Franken inkl. MWST

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission (RP)K referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Ich referiere zu diesem Geschäft als Sprecher der KBK sowie der RPK. Zuerst die Ausführungen aus der KBK:*

*Die KBK hat den Baukredit an der Sitzung vom 21. Oktober 2019 beraten. Vorgestellt wurde das Geschäft von Stadträtin Patricia Bernet sowie Susanne Ita-Graf, Leiterin Schulverwaltung PSU, und Gerda Rhyner, Bauprojektleiterin aus der Abteilung Liegenschaften.*

*Patricia Bernet erläuterte eingangs die bisherigen Erkenntnisse aus dem noch in Bearbeitung stehenden Konzept zur Schulraumentwicklung.*

*Dabei wurde unter anderem festgestellt, dass das geplante Provisorium im Hasenbühl lediglich eine Entlastung für zwei Schuljahre geben wird und anschliessend weiterer Schulraum zur Verfügung gestellt werden muss. Wobei da das Vorgehen noch unklar ist.*

*Gerda Rhyner stellte der Kommission die Variantenplanung und das daraus erkorene Projekt im Detail vor.*

*Im Kreditantrag werden die baulichen Massnahmen anhand der fünf Teilprojekte genügend umschrieben, darum erspare ich Ihnen hier die Ausführungen zum Projekt und gehe gleich auf die Diskussion in der Kommission ein:*

*In der KBK war das zentrale Thema der hohe Baukredit von fast CHF 2.5 Mio, welcher einem Betrag von 1.5 Mio in der Investitionsplan gegenüber steht. So wurden die Aufstockung sowie die Ausbaustandards kritisch hinterfragt.*

*Gerda Rhyner und Susanne Ita-Graf haben dazu ausgeführt, dass eine flächige Erweiterung aufgrund von des beschränkten Aussenraums auf dem Schulareal nicht möglich sei. Varianten, in denen eine Einzonung nötig wäre, sind wegen des engen Zeitplans nicht realisierbar.*

*Die hohen Kosten für die Aufstockung rühren daher, dass der bestehende Pavillon nicht dafür gedacht war und deshalb statisch verstärkt werden muss. Ein Abbruch und Totalersatz ist in Betracht gezogen worden. Dies würde zwar rund einen Drittel mehr Raum schaffen, ist aber im Vergleich zur vorgeschlagenen Variante auch teurer.*

*Durch die höhere Zahl an Betreuungsplätzen ist es aufgrund von Hygienevorschriften nötig, anstelle der ursprünglichen normalen Küche eine Gastküche einzubauen.*

*Insgesamt seien die Kosten jedoch so tief wie möglich gehalten worden. Im Hasenbühl 2 ist auf einen Lift verzichtet worden und der Zugang in die Obergeschosse mit einem Treppenlift sichergestellt. Kühlzellen in der Küche wurden ebenso gestrichen und herkömmliche Kühlschränke eingesetzt. Bei der ICT wird darauf verzichtet, die bisherigen Räumlichkeiten auf den Standard des Krämerackers aufzurüsten. Insgesamt falle der Kreditantrag dadurch CHF 150'000 tiefer aus.*

*Nicht abschliessend erklärt werden konnte die zeitliche Dringlichkeit. Diese ist auf einen Stadtratsbeschluss zurückzuführen, der mit dem Kauf der VZK-Liegenschaft an der Wagerenstrasse die dortigen Räumlichkeiten für die Spitex umnutzen will. In der Folge muss rasch, bereits auf Schuljahr 2020/2021, Ersatzraum für die dort eingemieteten Tagesstrukturen und Musikschule geschaffen werden.*

*Die KBK stimmte der Vorlage schliesslich mit 5:3 Stimmen (abwesend 1) zu.*

*Nun wechsle ich zum Referat der RPK: Die Referentinnen an der Sitzung vom 28. Oktober 2019 waren die gleichen wie in der KBK. Die Präsentation zum Konzept der Schulraumplanung wurde in kleinen Teilen aktualisiert.*

*Auch in der RPK ist auf den Umstand hingewiesen worden, dass bereits in zwei Jahren wieder Handlungsbedarf bezüglich Schulraum im Hasenbühl und im Oberuster bestehen wird. Stadträtin Patricia Bernet hat dazu darauf hingewiesen, dass eine Schulraumplanung über 5 Jahre hinaus schwierig sei, um dann am richtigen Ort Kapazitäten zu erstellen. Für das vorliegende Projekt seien die Grundlagen aber genau und fundiert.*

*Es wurde die Frage erläutert, ob der Gemeinderat überhaupt die Ausgabenkompetenz für ein Projekt von knapp unter CHF 2.5 Mio hätte, welche die Schwelle zur Urnenabstimmung darstellt. Dies wurde bejaht, da nur der beantragte Kredit massgebend ist und zudem die Kreditvorlage noch rund CHF 275'000 gebundene Kosten beinhaltet.*

*Auch wurde nochmals die grosse Abweichung zwischen Baukredit und Investitionsplanung angemerkt. Das bereitet Teilen der RPK Sorgen. Wenn man solche Abweichungen bei allen in der Investitionsplanung eingestellten Beträgen befürchten muss, ginge es da um einen Betrag von +CHF 10 Mio an Investitionen bis 2023.*

*Erklärt wurden die Mehrkosten in diesem Projekt damit, dass bei der Planung nicht von einer Aufstockung ausgegangen worden ist und das Raumprogramm etwas anders angedacht gewesen war. Zudem haben die Auflagen des Heimatschutzes grösseren Einfluss auf die Kosten, als ursprünglich gedacht.*

*Kritisch hinterfragt wurde in der RPK auch das Raumprogramm. Die geplanten Gruppenräume sind zwar nicht Pflicht, aber aufgrund der heutigen Unterrichtsformen nicht wegzudenken. Ebenso die Gastküche, die aus betrieblicher und hygienischer Sicht für den zweckmässigen Mittagsservice von rund 100 Kindern nötig ist.*

*Energetische Bedenken hat die Projektleiterin damit beantwortete, dass die Werte des bisherigen Pavillons die 2004 gültigen Grenzwerte einhalten. Im vorliegenden Projekt wird aber nur der neue Teil den heute geltenden Normen entsprechend ausgebaut. Es findet keine Nachrüstung statt.*

*Das kürzlich aufgrund eines Wasserschadens erstellte Satteldach, welches durch den Umbau wieder abgebaut werden muss, ist gemäss Aussagen der Abteilung Finanzen nicht in den ausserordentlichen Abschreibungen zu berücksichtigen. Der Betrag von gut CHF 64'000 hat nur einen Teil des damaligen Projektes ausgemacht und wird entsprechend weiter mit dem damaligen Kredit über dessen Laufzeit abgeschrieben.*

*In der RPK ist zur Ziffer 1 des Dispositivs ein genereller Kürzungsantrag um CHF 1 Mio auf CHF 1.5 Mio gemäss Investitionsplanung gestellt worden.*

*Dieser Antrag wurde mit 2:6 Stimmen abgelehnt. Da sich sonst das an sich in sich stimmige Erweiterungs- und Sanierungsprojekt nicht sinnvoll realisieren liesse.*

*In der Schlussabstimmung wurde dem Antrag der Primarschule schliesslich mit 5:3 Stimmen (abwesend 1) angenommen.*

*Die Kommissionen beantragen dem Gemeinderat dem Baukredit zuzustimmen.*

Die Präsidentin der Primarschulpflege, Stadträtin Patricia **Bernet**, nimmt Stellung: *Besten Dank für die Ausführungen aus den Kommissionen. Ich informiere über die Schulraumplanung, die vier Stufen enthält. Zuerst dringende Verschiebung Pünt nach Nänikon. Kurzfristig haben wir die Aufstockung Pavillon Hasenbühl, damit wir den Raumbedarf sicherstellen können. Mittelfristig sind bis 2023/2024 und langfristig bis 2033/2034 die notwendigen Massnahmen vorzunehmen. Voraussichtlich werden wir der KBK im Januar 2020 weitere Informationen dazu vorlegen können. Wir wollen ausreichend Schulraum zur Verfügung stellen können. Mit dem vorliegenden Projekt machen wir eine Umschichtung in einem denkmalgeschützten Bau. Damit können wir grosse Zimmer, die für Gruppen genutzt worden sind, aufteilen für zwei neue Gruppen. Somit können wir alles rechtzeitig zur Verfügung stellen.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Keel** (SVP) mit folgendem Änderungsantrag zu Ziffer 1 im Dispositiv:

*Für das Projekt «Schulanlage Hasenbühl, Integration Tagesstrukturen» wird ein Investitionskredit von 1 500 000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10%) bewilligt.*

*Begründung: In der vorliegenden Weisung wird ein Kredit von CHF 2'488'000 dem Gemeinderat vorgelegt, in der Investitionsplanung wurden nur CHF 1'500.000 eingestellt. Der Gemeinderat hat eine Kompetenz bis CHF 2'500'000, somit liegt das vorliegende Geschäft sehr knapp mit einer Differenz von CH 12'000 in unserer Zuständigkeit.*

*Die Präsidentin der Primarschule hat in der RPK versichert, dass die vorliegenden Zahlen verlässlich sind und es darum keine Urnenabstimmung brauchen wird. Wie kann sie sich so sicher sein, wenn die Kosten nicht seriös in der Investitionsplanung eingestellt worden sind.*

*Ein Pavillon, der den Vorschriften aus dem Jahr 2004 entspricht, soll mit einer Aufstockung das Problem lösen? Das ist weder nachhaltig noch seriös. Das Dach wurde erst im Jahr 2018 für CHF 145'548.40 erneuert worden und wird nun wieder abgerissen? Auch das ist weder nachhaltig noch seriös.*

*Gemäss Planung und Erläuterung in der Kommission wird der „Schulraum“ im Hasenbühl im Jahr 2023/2024 bereits nicht mehr ausreichen. Dennoch planen und realisieren wir nun für viel Geld zum Beispiel Gruppenräume, Gastküche und jagen dem Standard im Schulhaus Krämeracker nach. Wir brauchen eine seriöse Schulraumplanung und keine „5 vor 12“-Lösungen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei** (Grüne): *Selbstverständlich hätten wir Grünen lieber eine echte Wahl gehabt. Nur mässig vermögen wir uns nämlich für die Aufstockung eines Pavillons begeistern. Lieber hätten wir Geld für etwas gesprochen, das eine dauerhafte Lösung verspricht. Aber letztlich lässt uns die Primarschulpflege keine Wahl: Es ist die einzige mögliche Lösung, die für den benötigten Zeitpunkt im 2020 noch fertig erstellt werden kann. Somit können wir zum vorliegenden Projekt nur noch «Ja, sicher» oder «Ja, obschon» sagen.*

*Schuld an dieser neuerlichen Hauruck-Übung ist aber kaum bei der aktuellen Primarschulpflege zu suchen. Diese hatte noch von der Vorgängerin die Uraltpendenz «Schulhaus Krämeracker» zu einem guten Ende zu bringen, was einiges an Personal-Ressourcen gebunden hat. Nun hoffen wir, dass wir bezüglich Erneuerungen und Umbauten von Schulräumen in den Normalzustand zurückkehren. Mit der von der Primarschulpflege präsentierten Schulraumentwicklung scheint ein erster wichtiger Schritt dazu getan.*

*Und: Selbstverständlich würden wir Grünen lieber weniger für dieses Vorhaben ausgeben. Doch die Kostenplanung scheint uns sinnvoll und verhältnismässig. Den Kürzungsvorschlag der SVP/EDU-Fraktion können wir beim besten Willen nicht ernst nehmen.*

Für die SP-Fraktion referiert Angelika **Zarotti** (SP): *Der Hort, welcher momentan im VZK-Gebäude untergebracht ist, muss einer anderen Abteilung Platz machen. Aus dem Antrag ist der Zeitplan nicht klar ersichtlich, was aber nicht die Primarschule beantworten kann, sondern dies müsste durch die Abteilung Gesundheit gemacht werden.*

*Der Kostenvoranschlag liegt CHF 1000000 über dem Budget. Beim Investitionsprogramm handelt es sich um eine grobe Schätzung und man kann daher nicht von einer Überschreitung sprechen. Der Grund für die Überschreitung ist auf die aufwendigen Statikverstärkungen sowie Grösse und Einbau der Küche zurückzuführen. Beides wurde erst bei der Projektierung erkennbar. Auch muss die Behindertengängigkeit sichergestellt werden, auch dies hat Zusatzkosten.*

*Die SP begrüsst, dass die aktuelle Pädagogik in allen Schuleinheiten umgesetzt werden soll, dies bedeutet aber auch, dass in allen Schuleinheiten in etwa dieselben Räume angeboten werden können.*

*Obwohl die Kosten höher sind als budgetiert, sieht die SP, dass sorgfältig budgetiert wurde. Die SP begrüsst es, dass neues Mobiliar nur für neue Räume angeschafft wird, da für diese kein bestehendes Mobiliar vorhanden ist. Auch bei der Planung der Küche wurde auf einen Kühlraum verzichtet. Die SP erachtet es aus pädagogischen Gründen sehr wertvoll, dass die Küche auch mit den Kindern genutzt wird, d. h. dass mit Kindern gekocht werden kann. Dies ist aber auch ein Grund, dass die Küche eine gewisse Grösse braucht. Auch aus hygienischen Gründen braucht die Küche eine gewisse Grösse. Auf Luxus wurde bewusst verzichtet. Ebenso ist es aus Sicht der SP sinnvoll, dass die Tagesbetreuung mit diesem Bau vor Ort ist, was die Organisation sowohl für die Eltern wie auch die Lehrpersonen vereinfacht.*

*Die SP stimmt dem Baukredit von CHF 2488000 zu.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Alle Jahre wieder könnte man sagen. Die Primarschule weiss, dass sie die Tagesstrukturen der Schulanlage vom VZK-Gebäude verlegen muss. Und das seit mehr als einem Jahr. Ebenso lange könnte man wissen, dass es für die Tagesstrukturen keinen Platz auf der bestehenden Schulanlage hat. Und trotzdem: Der Antrag wird dann so spät dem Gemeinderat überwiesen, dass der KBK nur eine Sitzung für die Beratung bleibt und die Fraktionen allenfalls sogar erst nach der RPK-Sitzung Stellung nehmen können. Das haben wir in den letzten Jahren vielfach erlebt, zumindest gefühlt alle Jahre wieder.*

*Natürlich ist uns bewusst, dass zwischen dem Wissen, dass es keinen Platz hat für die Tagesstrukturen hat, und dem konkreten Projekt die Schulraumplanung gemacht werden musste. Damit man allenfalls weitere Unzulänglichkeiten im gleichen „Aufwisch“ baulich anpassen kann. Und uns ich auch bewusst, dass die Tagesstrukturen nach den Sommerferien unter freiem Himmel stattfinden müssen, wenn wir jetzt nicht Ja sagen. Genau deshalb unterstützen wir das Projekt. Wir wollen eine Primarschule, die funktioniert.*

*Trotzdem: Wenn man die Schulraumplanung etwas anschaut, stellt man fest, dass bereits auf das Schuljahr 2024/2025 etliche Klassenzimmer im Einzugsgebiet der Schulhäuser Hasenbühl und Oberuster fehlen werden. Wenn man den Horizont noch etwas weiter öffnet, braucht es vermutlich in 10 Jahren wieder ein grösseres Schulhaus. Aber weder von der einen noch der anderen Planung haben wir etwas gesehen. Unsere Fraktion hat bereits vor mehr als einem Jahr angeregt, auf dem Landstück B7054 am Aabach einen Neubau für eine Tagesschule zu planen. Es ist abzusehen, dass der Bedarf an Tagesschulen steigt. Diese paar Schulzimmer würden zwischen Oberuster und Hasenbühl liegen und könnten diese Schulanlagen entlasten. Die Schulpflege hat bisher immer gesagt, dass die Primarschule das Land nicht benötigt. Wir hingegen halten diese Idee immer noch für äusserst sinnvoll.*

Für die FDP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Um es vorweg zu nehmen: Die FDP-Fraktion wird dem Baukredit in der vorgelegten Form geschlossen zustimmen, auch wenn von uns in den Kommissionen uneinheitlich resp. dagegen gestimmt worden ist. Die ablehnende Haltung in den Kommissionssitzungen kam daher, weil die Frage nach der zeitlichen Notwendigkeit aus meiner Sicht nicht in genügendem Masse beantwortet werden konnte. Dies wurde mit einer schriftlichen Stellungnahme und in einem persönlichen Gespräch durch die Abteilung Gesundheit nachgeholt. Trotzdem bleibt aus Sicht der FDP-Fraktion, da stimme ich Walter Meier zu, wie ab und zu bei Kreditvorlagen der Primarschule, der bittere Beigeschmack, dass wir den Betrag wegen des engen Zeitplans im Gemeinderat einfach abnicken mussten.*

*In diesem Fall reichte es nicht einmal, die Vorlage in den Januar zu schieben, um das Geschäft vorgängig zu den Kommissionssitzungen in den Fraktionen besprechen zu können.*

*Ganz unschuldig ist an diesem Umstand der Gemeinderat zwar nicht. Mit der Zustimmung des Kaufs des VZK-Komplexes und dessen Zuweisung als künftiger Standort der Spitex hat er gewissermassen den engen Planungshorizont ausgelöst. Dennoch zeigt die Vorlage unserer Ansicht nach, dass die Planung der Primarschule noch nicht auf einem genügenden strategischen Niveau angelangt ist. Zwar hat man mit dem Konzept zur Schulraumentwicklung nun bald die Basis dazu geschaffen, zur Zeit ist man aber noch immer im Brandlöschermodus.*

*Dazu passt die Aussage der Primarschulpräsidentin, dass es der Pflege bewusst sei, dass in zwei Schuljahren dieses Provisorium bereits nicht mehr der erwarteten Schülerzahl und Nutzung genügen werde. Man werde dann das Schulhaus Oberuster wohl erweitern müssen, aber da sei zur Zeit noch nichts angedacht. Bezeichnend ist auch, dass in der Finanzplanung bis 2023 hierfür aber noch nicht einmal ein Planungs- oder ein Projektierungskredit eingetragen ist.*

*Sollten sich die Entwicklungen im Konzept der Schulraumentwicklung bewahrheiten, sind zwei Jahre zur Vorbereitung eines solchen Geschäftes nicht unendlich viel Zeit. Aus Sicht der FDP-Fraktion bedarf es hier eines längeren Vorlaufes als bei den bisherigen Vorlagen, der dem Gemeinderat auch eine effektive Meinungsbildung und Einflussnahme auf das Projekt erlaubt. Den Antrag der SVP/EDU-Fraktionen können wir zähnenknirschend nicht unterstützen.*

Markus **Wanner** (SP): *Der Zeitdruck kommt nicht von der PSU, sondern vom VZK-Gebäude, darum dieses Eiltempo. Zum Kürzungsantrag, den wir heute 12 Uhr erhalten haben: Ich habe beim Ratssekretariat nachgefragt, aber es läge keine Begründung dazu vor. Das ist nicht seriös. Bei einem Globalbudget müsste genau gesagt werden, wo genau gekürzt werden soll. Es ist einfach, aber nicht seriös, hier einfach summarisch kürzen zu wollen. Darum ist für uns dieser Antrag total unse-riös.*

### **Detailabstimmung**

**Barbara Keel (SVP) beantragt folgende Änderung von Ziffer 1:**

(...) wird ein Investitionskredit von 1'500'000 Franken (...).

**Der Antrag wird mit 10:24 Stimmen a b g e l e h n t .**

### **Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 24:9 Stimmen:**

- 1. Für das Projekt «Schulanlage Hasenbühl, Integration Tagesstrukturen» wird ein Investitionskredit von 2'488'000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10%) bewilligt.**
- 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel gegebenenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat bzw. an die Primarschulpflege zum Vollzug.**

**5 Motion 509/2018 von Richard Sägesser (FDP), Daniel Pellegrini (FDP), Peter Müller (FDP) und Jürg Krauer (FDP): „Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!"; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Der Motionär, Richard **Sägesser** (FDP), nimmt Stellung: *Ich kann es kurz machen: Wir haben mit unserer Motion das gesteckte Ziel erreicht. Eine Weiterentwicklung des Bildungszentrums durch den Kanton bleibt mit dem beantragten Beschluss möglich, die dazu in Frage kommenden Parzellen im Eigentum der Stadt werden mit unserem Beschluss bis auf weiteres als strategische Nutzungsreserve freigehalten. Wir stimmen somit dem Antrag des Stadtrats zu.*

*Mit Interesse haben wir gelesen, dass der Kanton aktiv nach Lösungen in Uster sucht. Das zeigt, dass der vom Stadtrat beantragte Beschluss dringend nötig ist.*

*Mit der beantragten Fristerstreckung für den Beschlussentwurf um 5 Jahre unterzieht der Stadtrat seine eigene Geschäftskontrolle einer Probe. Wir werden aber sicherstellen, dass das Geschäft nicht in den Untiefen von „Axioma" vergessen geht. Die Argumente, die für die Fristerstreckung angeführt werden, leuchten uns aber ein. Unser Ziel war es ja auch nicht, bestimmte Nutzungen zu verhindern, sondern alle Optionen in der Hohfuren für die Stadt offen zu halten. In diesem Sinne teilen wir die Einschätzung, dass mit einer Anpassung der Nutzungsplanung zugewartet werden kann und soll. Wir können daher auch diesem Teil des Beschlusses zustimmen. Wir danken für Ihre Unterstützung!*

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Stefan **Feldmann**, nimmt Stellung: *„Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!" So lautet der Titel dieser Motion, die Sie am 18. März 2019 einstimmig dem Stadtrat für Bericht und Antrag überwiesen haben. Der einstimmige Beschluss zeigt, dass allen Gemeinderatsmitgliedern die Bedeutung des Bildungsstandorts Uster bewusst ist. Und dieser Beurteilung schliesst sich der Stadtrat selbstverständlich vorbehaltlos an.*

*Wie die Motionäre und der ganze Gemeinderat ist der Stadtrat der Meinung, dass beide im Bildungszentrum vereinigten Schulen – die Kantonsschule Uster und die Berufsfachschule Wirtschaft und Technik – für Uster ein ganz zentraler Standortfaktor sind. Dass sich der Stadtrat darum aktiv für den Erhalt beider Schulen in Uster einsetzt, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenig überraschend hat er sich im Rahmen der bis Ende September gelaufenen Vernehmlassung betreffend Kompetenzzentren bei der Berufsfachschule darum auch für diejenige Version ausgesprochen, welche den Erhalt dieser Berufsfachschule mit ihren beiden Standbeinen Technik und Wirtschaft sicherstellt.*

*Für die Sicherung weiterer Raumbedürfnisse für das Bildungszentrum gibt es verschiedene Möglichkeiten, die wir Ihnen in unserem Bericht ausführlich dargelegt haben. Es laufen auch entsprechende Abklärungen durch das Immobilienamt des Kantons Zürich. Das können Sie alles im Bericht nachlesen, darum will ich nicht im Detail darauf eingehen.*

*In diesem Zusammenhang ist es so, dass die Stadt Uster im Gebiet Hohfuren über vier Parzellen mit einer Gesamtfläche von rund 17'000 Quadratmeter verfügt. Diese Grundstücke sind aber gemäss aktuell gültigem Gestaltungsplan nicht für eine öffentliche Nutzung vorgesehen. Die vorliegende Motion möchte darum am Gestaltungsplan eine Revision anstossen, damit auch eine solche Nutzung möglich ist.*

*Wie Sie dem Antrag entnehmen können, stützt der Stadtrat das Anliegen dieser Motion und beantragt Ihnen, die Motion erheblich zu erklären. Die Schwierigkeit bei diesem Vorgehen ist aber, dass wir Ihnen, so sehen es die Bestimmungen zum Ablauf bei Motionen vor, innert neun Monate einen Beschlussentwurf, also einen neuen Gestaltungsplan vorlegen müssten.*

*Das ist aber nicht realistisch, und zwar aus zwei Gründen: Erstens sind neun Monate auf Grund des vorgeschriebenen Ablaufs schlicht nicht machbar. Und es wäre gleichzeitig sinnvoll, wenn wir das Vorgehen auch gleich mit der jetzt anstehenden Bearbeitung des kommunalen Richtplans koordinieren könnten. Vor allem aber zweitens: Wir müssen für eine Revision auch vom Kanton wissen, was denn seine Anforderungen an einen solchen geänderten Gestaltungsplan überhaupt sind. Ich glaube, es leuchtet ein, dass es wenig Sinn macht, jetzt einfach auf gut Glück und ins Blaue hinaus, einen Gestaltungsplan zu erlassen, bei dem sich dann danach zeigt, dass dieser den Anforderungen des Kantons nicht gerecht wird. Darum beantragen wir mit der Ziffer 2 im Beschluss gleich bereits eine vorsorgliche Fristverlängerung von fünf Jahren. Grundsätzlich hätten wir das auch nachträglich über die Geschäftsleitung des Gemeinderates machen können, aber dem Stadtrat ist es wichtig, dass auch in diesem Punkt, bei der Zeitachse, bereits jetzt Transparenz besteht.*

*Damit aber keine Missverständnisse darüber aufkommen können, dass mit dieser Fristverlängerung nicht ein „auf die lange Bank schieben“ dieses Anliegens gemeint ist, legen wir Ihnen auch noch eine Ziffer 3 zur Beschlussfassung vor. Und diese ist in meinen Augen fast die wichtigste. Wir machen mit dieser Ziffer 3 nämlich klar, dass die Stadt Uster ihre Grundstücke in der Hohfuren als strategische Nutzungsreserve deklariert und dass die Stadt Uster mit diesen Grundstücken im zur Diskussion stehenden Zeitraum keine anderen Absichten verfolgt. Damit macht die Stadt Uster klar: Wenn der Kanton diese Landreserve für eine Erweiterung des Bildungszentrums braucht, dann sind wir bereit, ihm diese zu angemessenen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass wir mit diesem Antrag – 1. Ja, wir sind bereit, den Gestaltungsplan zu revidieren, sobald wir wissen, was der Kanton braucht und 2. Bis wir wissen, was der Kanton braucht, verfolgen wir keine anderen Ziele mit unseren städtischen Grundstücken – ein klares, ein starkes Zeichen nach Zürich, an die Bildungsdirektion, ans Mittelschul- und Berufsbildungsamt schicken. Ich weiss auch, dass die Verantwortlichen im MBA, das Signal dieses Berichts und Antrags bereits mit Interesse zur Kenntnis genommen haben und mit Interesse die Diskussion und den Entscheid von heute Abend verfolgen. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zum Antrag des Stadtrates. Und machen Sie das am besten, wie bereits bei der Überweisung, einstimmig, damit das Signal nach Zürich klar und unzweideutig ist: Uster steht hinter seinem Bildungszentrum – jetzt und auch in Zukunft.*

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann** (SP): *Wir sind ebenfalls für den Antrag des Stadtrates. Der Bericht zeigt schön auf, was wann zu tun ist und weshalb nicht alles überstürzt getan werden soll. Aber man muss vorwärts machen. Und dann reagiert auch das Axioma-System richtig.*

*Uster hat die kantonalen Schulen gern. Gerade mit der Sanierung und Erweiterung des Bildungszentrums hat haben sie einen wichtigen Platz in den Ustermer Herzen gefunden.*

*Für uns ist klar: Etwas, was unseren Kindern und Enkeln zu Gute kommt, etwas, das Identität schafft und etwas, das auch räumlich mutmasslich gut in die Stadt passt, muss unterstützt werden. Wir sagen Ja.*

*Eine Geschichte kann ich mir nicht verkneifen: Erinnern Sie sich noch an die Diskussion um den Gestaltungsplan Am Stadtpark? Da haben wir vehement eine gemeinsame Betrachtung mit dem benachbarten Stadthofsaal-Areal gefordert. Die beiden benachbarten Grundstücke sind genau so gross wie das Grundstück in den Hohfuren, das heute im Fokus steht. Unsere Forderung fand kein Gehör. Genauso wenig, wie auch bereits 2007 bei einem ähnlich lautenden Postulat aus unseren Reihen. „Tempi passati“ kann man sagen. Und heute müssen wir irgendwie zur Kenntnis nehmen, dass das Stadthofsaal-Areal alleine offenbar zu klein ist für eine Schule. Was zeigt dieser Blick zurück? Bei Einzelfallentscheidungen entscheiden wir meist mit einem Röhrenblick und verpassen und verbauen wortwörtlich Chancen – leider auch heute noch.*

*Umso mehr ist das vom Stadtrat besonnene Vorgehen in Sachen Bildungszentrum richtig. Und wir sagen mit Überzeugung Ja.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Marco **Ghelfi** (Grüne): *Ich halte heute meine erste Rede im Rat. Und wir stimmen ebenfalls zu. Ich möchte nicht wiederholen, was bereits gesagt worden ist.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Beatrice **Caviezel** (Grünliberale): *Auch heute unterstützen wir die Motion immer noch aus Überzeugung und erklären sie als erheblich, den Bildung ist auch heute das, was wir dringend brauchen – für heute und für morgen. Die beiden Aspekte des Vorstosses wurden im Bericht des Stadtrates gut erläutert. Wir stehen auch in Zukunft voll hinter dem dualen Bildungsstandort Uster und stellen gerne genügend Raum zur Verfügung, damit in Uster auch in Zukunft Schüler und Lernende sowohl in die Kantonsschule wie auch in die Berufsfachschule gehen können.*

*Wir sind froh, ist die Stadt Uster mit dem Kanton im Gespräch. So ist es uns möglich zu zeigen, dass wir gewillt sind, eine optimale Lösung für die Zukunft zu finden. Insbesondere kann dem Kanton aufgezeigt werden, dass es keinen Grund gibt, das KV nach Wetzikon zu verschieben.*

*Wir stimmen mit dem Stadtrat überein, dass keine vorschnellen Entscheidungen bezüglich der Revision des Gestaltungsplans «Hohfuren» getroffen werden soll. Die Erarbeitung im Rahmen des Projektes «Stadtraum 2035» macht Sinn, die Fristverlängerung von 5 Jahren können wir unterstützen.*

*Ja, Uster will das Bildungszentrum, das Bildungszentrum ist Teil von Uster, Uster ohne das Bildungszentrum wäre nicht mehr das gleiche. Und ja, wir wollen gute Voraussetzungen schaffen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:**

- 1. Die Motion 509/2018 betreffend «Bildungszentrum in Uster – auch in Zukunft!» wird erheblich erklärt.**
- 2. Da eine Änderung der Nutzungsplanung innert 9 Monaten unrealistisch ist und die nun in Bearbeitung stehende Richtplanung (Plan der öffentlichen Bauten und Anlagen) stufengerecht abgewartet werden sollte, gleichzeitig für eine sinnvolle Anpassung des Gestaltungsplans eine klar deklarierte Absicht durch den Kanton Voraussetzung ist, wird eine Fristverlängerung für die Vorlage des Beschlussentwurfes «Änderung Gestaltungsplan Hohfuren» von 5 Jahren gewährt.**
- 3. Die städtischen Liegenschaften Kat.-Nr. C3006, C3007, C3008 und C3009 mit einer Gesamtfläche von 17'488 m<sup>2</sup> in der Hohfuren im Gestaltungsplan «Hohfuren», welche im Finanzvermögen sind, stellen bis dahin für die Stadt Uster strategische Nutzungsreserven dar, welche bei klar deklarierte Absicht durch den Kanton auch für die Stärkung des Bildungszentrums bereitgehalten werden.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

Präsidentin Ursula **Räublin**: *Sie haben einstimmig die Motion erheblich erklärt und damit den Wunsch des Stadtrates erfüllt. (Heiterkeit im Saal)*

## **6 Motion 511/2018 von Patricio Frei (Grüne) und Meret Schneider (Grüne): Schutz der Artenvielfalt; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Der Motionär, Patricio **Frei** (Grüne), nimmt Stellung: *Noch im Mai schreckte uns der erste Weltbiodiversitätsbericht auf: Eine Million Arten sind vom Aussterben bedroht. Und im Oktober folgte bereits die nächste Hiobsbotschaft: Eine wissenschaftliche Untersuchung ergab, dass in deutschen Graslandschaften die Gesamtmasse an Insekten in nur einem Jahrzehnt um zwei Drittel abgenommen hat. Die NZZ vom 31. Oktober 2019 geht von einem ähnlichen Schwund auch in der Schweiz aus.*

*Der Ustermer Stadtrat hat die Zeichen der Zeit erkannt und schlägt als Reaktion auf die Motion der Grünen zum Schutz der Artenvielfalt ein ganzes «Biodiversitätskonzept» vor. Genau genommen ist es aber weniger ein Konzept als eine Auflistung von dem, was die Stadt bereits leistet und was sinnvolle Ergänzungen sind.*

*Wir Grünen würdigen die breite Auslegeordnung von Wald, über Siedlungsraum, Bildung bis zu Naturschutzgebieten. Das «Konzept» baut auf gesetzlichen Grundlagen auf und die Stadt arbeitet mit den entsprechenden Akteuren, wie Naturschutzverein, Landwirtschaft etc., zusammen. Und punktuell werden Fachspezialisten beigezogen.*

*Der Stadtrat schlägt hauptsächlich das vor, was andere auch tun, beispielsweise die Stadt Luzern. Zusammengefasst kann man deshalb die Antwort bezeichnen als «gewissenhaft, aber nicht mutig». Es fehlt die Begeisterung. Weshalb soll Uster nicht mit einem eigentlichen Leuchtturmprojekt ein Beispiel für andere Gemeinden abgeben?*

*Zudem bleibt im Biodiversitätskonzept des Stadtrats die Bedeutung eines wesentlichen Lebensraums unerwähnt: Die Fliessgewässer! Dabei müssen diese, gerade wenn es um Biodiversität im urbanen Landschaftsraum geht, eine übergeordnete Bedeutung einnehmen. Denn kaum ein Lebensraum bietet auf vergleichsweise kleiner Fläche eine derart gute Vernetzung und wertvolle Lebensräume. Dies bedingt allerdings auch städtebauliche Konsequenzen – für Uster wäre auch dies sicherlich eine Chance.*

*Zudem: Von den 28 Kilometern Fliessgewässer in Uster sind rund ein Fünftel eingedolt – teils mitten im Wald. Wir Grünen haben diese unbefriedigende Situation bereits mit einer Anfrage an den Stadtrat thematisiert. Doch im vorliegenden Biodiversitätskonzept findet sich kein Wort darüber, wie diese Bäche freigelegt und renaturiert werden sollen.*

*Zudem fehlt beim vorliegenden Konzept die bereits in der Motion geforderte Wirkungskontrolle. Wir erwarten ja nicht, dass jede Eidechse und jeder „Heugümper“ statistisch erfasst wird. Aber immerhin eine Umsetzungskontrolle sollte es geben.*

*Eines haben die Massnahmen, die heute schon umgesetzt werden und die noch geplant sind, gemeinsam: Sie können nur dann Wirkung entfalten, wenn sie auch tatsächlich gelebt werden. All die Handbücher bringen nichts, ausser der städtische Mitarbeitende zieht seinen Gras-Trimmer vor der Wegwarte am Wegrand rechtzeitig zurück und der Schulabwart verzichtet auf Gift, um der Mauseplage Herr zu werden. Mit anderen Worten: Es braucht auch Schulung – und Kontrollen.*

*Oder andersrum formuliert: Wir Grünen wünschen uns eine «Anbauschlacht für die Biodiversität». Statt feinsäuberlich gemähten Rasen eine bunte Magerwiese mit einem Steinhäufen, einer Holzhecke und einem Igelhotel. Gleich hier rund ums Stadthaus, bei der Sportanlage und bei jedem Schulhaus. Und die Stadt animiert private Waldkooperativen, Bauernfamilien, Hausgenossenschaften und Mieter, es ihr gleich zu tun. Weg mit Thujahecken und Kirschlorbeer, Platz da, um jedes Jahr Dutzende Bäume zu pflanzen und um weitere Bachabschnitte zu renaturieren...*

*In diesem Sinn laden wir Grünen den Stadtrat ein, die Förderung der Biodiversität als Chance zu sehen und bei der Umsetzungsvorlage mutig aufzuzeigen, was nötig ist, um in Uster die Biodiversität nicht nur zu erhalten sondern zu fördern. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Stadtrats. Und wir laden die anderen Fraktionen ein, ebenfalls dem Vorschlag zuzustimmen, egal wie lange sie sich schon für Umweltschutz einsetzen – sei es mit der Forderung nach Velopumpen oder nach einem Nachhaltigkeitsbericht.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Stefan **Feldmann**, nimmt Stellung: *Es ist bekannt: Biodiversität ist heute weltweit, aber auch in der Schweiz und in Uster unter einem grossen Druck. Die Politik, egal auf welcher Stufe, ist darum gefordert darauf zu reagieren, Gegensteuer zu geben. Mit der Motion „Schutz der Artenvielfalt“ wird der Stadtrat aufgefordert, einen Massnahmenplan auf kommunaler Ebene zu erstellen. Und Sie haben diese Motion am 18. März 2019 mit deutlichem Mehr überwiesen.*

*Ihnen liegen jetzt Bericht und Antrag des Stadtrates vor und Sie sehen: Der Stadtrat nimmt Ihr Anliegen ernst und will einen solchen Massnahmenplan zur Sicherung der Biodiversität, will ein eigentliches Biodiversitätskonzept erarbeiten*

*Wie Sie dem Bericht haben entnehmen können, ist es so, dass die Stadt Uster in der Vergangenheit nicht nichts gemacht hat in diesem Bereich. Es gibt bereits einige Grundlagen, einige relativ neu, wie das Neophyten-Konzept, das der Stadtrat im Mai 2019 erlassen hat und 2020 ins erste Jahr der Umsetzung gehen wird. Einige Grundlagen befinden sich gerade in der Neubearbeitung, wie zum Beispiel der Waldbewirtschaftungsplan. Einige Grundlagen sind aber auch bereits älter, wie zum Beispiel das Landschaftsentwicklungskonzept, und darum vielleicht nicht mehr immer auf dem neuesten Stand.*

*Mit einem neuen Biodiversitätskonzept wollen wir all diese Einzelkonzepte und –pläne bündeln, wollen ein übergeordnetes Konzept zum Thema Biodiversitätserhaltung und –förderung erlassen. Wir fassen dabei den Fokus bewusst weit, was aber nötig ist, weil das Thema Biodiversitätserhaltung umfassend angegangen werden muss. Das neue Biodiversitätskonzept soll darum auch Massnahmen in ganz unterschiedlichen Feldern umfassen, von den ökologischen Schwerpunktgebieten über Biodiversität im Stadtgebiete, im Wald oder Landwirtschaftsgebiet. Es soll aber auch Elemente zur Förderung des Naturverständnisses enthalten, um die Sensibilisierung der Bevölkerung bei diesem Thema zu weiter zu stärken.*

*Wir zeigen Ihnen in diesem Bericht bereits recht ausführlich auf, welche Ziele in welchem Feld, welche Massnahmen und Zuständigkeiten wir da angedacht haben. Selbstverständlich kann es sein, dass es dann, wenn Sie die Motion für erheblich erklärt haben werden und die eigentliche Arbeit am Konzept aufgenommen worden sein wird, dass es dann noch zu Verschiebungen kommen kann oder mehr oder noch neue Aspekte entdeckt werden, die auch noch aufgenommen werden müssten. Wir sind da hier im Fall dieser Motion heute mit 12 Seiten vielleicht etwas ausführlicher als sonst bei einem solchen Bericht und Antrag üblich. Aber es ist dem Stadtrat wichtig, dass Sie sehen, dass wir das Thema wirklich umfassend angehen wollen, dass auch Einzelaspekte, die wir in diesem Rat bereits miteinander diskutiert haben – Stichworte: Bäume im Siedlungsgebiet – eben wie versprochen auch bearbeitet werden – ich verweise auf Seite 8, Abschnitt B, Punkt 4 – und ihren Platz in einem solchen Biodiversitätskonzept haben.*

*Wir haben die Grundstruktur dieses Biodiversitätskonzept in der Natur- und Landschaftsschutzkommission diskutiert. Die NLK äussert sich positiv zum Vorhaben – zum Vorhaben generell, aber auch zum geplanten Aufbau dieses Konzepts.*

*Wie geht es weiter, wenn Sie dem Antrag des Stadtrates folgen und die Motion für erheblich erklären? Wir würden dann den Konzeptentwurf weiter vertiefen, würden die Ziele genauer fassen, Massnahmen und Projekte definieren und priorisieren und einen Umsetzungsplan erstellen. Dazu gehört auch, lieber Patricio Frei, dass darin entsprechende Kontrollinstrumente enthalten sein werden. Das neue Biodiversitätskonzept würden wir Ihnen dann im Rahmen eines Beschlussentwurfs zu dieser Motion vorlegen. Zu diesem Zeitpunkt wird man dann auch Aussagen zu den Kosten und die personellen Ressourcen, die für eine Umsetzung nötig sein werden, machen können – diese sind jetzt noch nicht im Detail bekannt.*

*Dass die Umsetzung dieses Konzepts aber zusätzliche finanzielle Mittel braucht, mehr personelle Ressourcen braucht, liegt bereits jetzt auf der Hand. Darüber müssen Sie sich, geschätzte Ratsmitglieder, bewusst sein – gerade auch dann, wenn Sie im Hinblick auf einen anderen Entscheid, der dann in der nächsten Ratssitzung anstehen wird, ein wenig schwankend sein sollten. Aber letztlich ist es in diesem Saal genau gleich wie im Restaurant: Bestellungen müssen am Schluss auch bezahlt werden können.*

*Das sind meine abschliessenden Bemerkungen zu diesem Bericht und Antrag. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler** (SVP): *Wenn man den Bericht des Stadtrats liest, welcher geeignete Massnahmen zum Schutz der Artenvielfalt oder besser ausgedrückt Biodiversität aufzeigt, sind keine grossen und neue Erfindungen auszumachen. Das ist auch nicht weiter erstaunlich. Die Stadt Uster arbeitet bereits heute mit verschiedenen Instrumenten, Massnahmen und Konzepten. Ich möchte jetzt nicht alle aufzählen, die kann ja jeder selber nachlesen. Auf einige Punkte möchte ich aber doch noch eingehen.*

*Neophytenstrategie: Dem Neophytenproblem werden wir bis in alle Ewigkeit nachlaufen. Solange die Globalisierung auf allen Ebenen auf Hochtouren läuft (Warenverkehr rund um die Welt, Tourismus, usw.), ist es ein Irrtum zu glauben, das jemals in den Griff zu bekommen. In der Medizin spricht man in einem solchen Fall von Symptom- und nicht von Ursachenbekämpfung.*

*Biodiversität im Landwirtschaftsgebiet: Die Landwirtschaft hat sicher ihren Teil zur Biodiversität beizutragen und es ist auch unbestritten ein wichtiges Thema. Eine noch extensivere Bewirtschaftung führt aber nicht immer nur zur höheren Biodiversität, sondern auch zu mehr Importen, was wiederum mehr Transporte verursacht. Was wiederum nicht fördernd ist für die Biodiversität, wenn man alles als gesamtes anschaut (Ausbau von Strassen- und Schieneninfrastruktur und der Transport als solches). Unser Selbstversorgungsgrad könnte auf 30 % sinken, wenn alles kommt, was die grüne Seite gerne möchte. Das ist ein egoistisches Denken gegenüber Ländern die nicht die gleiche Kaufkraft haben wie wir, um Lebensmittel vom Weltmarkt zu importieren. Ich appelliere an den Stadtrat, dass er nicht noch mehr finanzielle Anreize in die Extensivierung der Landwirtschaft schafft. Es wird genug getan von Kanton und Bund. Ich habe den Umweltbericht angeschaut, wonach auch die Produktion von Lebensmitteln die Umwelt schädigt. Dann müssten wir ja wohl gleich darauf verzichten?!*

*Biodiversität im Siedlungsgebiet: In dieser Sparte möchte ich die Strassenrandpflege hinterfragen. Nach meiner Wahrnehmung werden die Strassenränder zu oft gemäht, was aus meiner Sicht nicht nötig wäre.*

*Zum Schluss muss ich wieder einmal feststellen, dass die Bürokratie für die Biodiversität von Bund über Kanton bis zur Gemeinde enorm gross ist, was zur heutigen Zeit passt. Das BLW (Bundesamt für Landwirtschaft) veröffentlichte am letzten Dienstag einen 180 Seiten starken Bericht über die Biodiversitätsziele und Verbesserungen in der Landwirtschaft.*

*Wenn man die Bürokratie auspresst, kommen zwei Sachen raus, ein grosser finanzieller Aufwand und wenig für die Sache. Ich muss wieder mal betonen, dass das Geld zuerst irgendwo verdient werden muss.*

*In der Schweiz fehlen schlicht die Flächen, um alles unter einen Hut zu bringen, Siedlungsraum, Nahrungsmittelproduktion, Verkehrswege, Freizeit und dann eben Biodiversität, die sicher auch wichtig ist. Wenn das Bevölkerungswachstum und das Bauvolumen weiter so zunimmt wie in den letzten 30 Jahren, wird sich das ökologische Gleichgewicht weiter verschlechtern.*

*Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die Motion ab.*

**Paul Stopper** (BPU): *Auch ich möchte zu dieser Motion etwas sagen.*

*Allgemeines zum Bericht: Der Bericht listet sehr gut die bis heute von der Stadt geleisteten Arbeiten im Sinn der Motion auf. Die aufgelisteten Grundlagen steht seit mehr als 30 Jahren in den kantonalen Gesetzen Die Zusammenstellung ist trotzdem sehr wertvoll, vor allem für Neu-Gemeinde- und Neu-Stadträte.*

*Der Bericht zur Motion gleicht leider eher einer «Bleiwüste». Es besteht von Naturschutzseite seit langem der Wunsch, dass diese Übersicht in einer Broschüre zusammengefasst wird, mit der Darstellung der Schutzverordnungen, bebildert, damit die Ustermer Bevölkerung auch sieht, was sie an Naturschönheiten hat.*

*Es bleibt festzuhalten, dass die gesetzlichen Bestimmungen noch so schön klingen mögen, die Biodiversität nimmt trotzdem ab.*

*Jetzt noch einige Bemerkungen zu den einzelnen Punkten:*

*Zu 6. Waldentwicklungsplan und Betriebsplan: Der WEP «zeigt Interessenkonflikte, setzt Prioritäten und macht Aussagen für das weitere Vorgehen».*

*Im Betriebsplan und im WEP gelten Grundsätze des naturnahen Waldbaues, zB «Einsatz von bestandes- und bodenschonenden Holzernteverfahren». Was stellt sich der Stadtrat darin vor? Gehört auch das «Holzrücken mit Pferden» dazu?*

*Im Buechhölzli (westlich des Schulhauses Weidli) wurde vor kurzem das Unterholz stark ausgefors-tet und offenbar wurde auch der Waldpfad so gestaltet, dass er nun bequem als Bike-Piste dient. Dieser Konflikt und die befürchtete, nun eingetretene Situation wurde in den STEK-35-Gremien mehrmals thematisiert, aber leider nicht zur Kenntnis genommen.*

*Zu 7. Die Neophytenstrategie: Diese ist richtig und muss weitergeführt werden. Volle Unterstützung.*

*Zu B: Biodiversität im Siedlungsgebiet: Die Massnahmen/Projekte weisen in die richtige Richtung, so z. B. extensive Grünflächenpflege oder das Baumkonzept mit Baumkataster. Das ist ebenfalls sehr unterstützungswürdig.*

*Was kann aber innerhalb der Siedlung sofort gemacht werden? Ich zähle folgende Möglichkeiten auf:*

- Endlich Verbot der Laubsauger und Laubbläser auf dem ganzen Gemeindegebiet, z. B. durch Ergänzung der Polizeiverordnung. Neben dem Lärm wirbeln diese alles untereinander. Das Laub fehlt der Natur. Die Igel z. B. finden keine Unterkünfte für den Winterschlaf mehr, etc. Mit den Laubbläsern –auch heute am 11.11. um 11:20 Uhr war wieder so eine Truppe mit ohrenbetäubenden Lärm zu hören – werden den Igeln alle Chancen und vor allem die Materialien für eine Überwinterung genommen!*
- Förderung von naturnahen Flächen (öffentliche und private) innerhalb der Siedlungen und Häuser. Es ist erschreckend, wie sauber die Gärten sind ja sein müssen. Der Garten ist doch keine Stube.*
- Die Grünabfuhr ist auch sei ein Ding: anstatt Komposthaufen auf dem eigenen Gelände anzulegen, füllen die Gartenbesitzer und vor allem auch die Verwaltungen grosser Grünflächen ihren Gartenabfall in die grünen Tonnen und diese werden dann von der Stadt sogar noch gratis abgeführt. Besser wäre eine kostendeckende Grünabfuhr und eine finanzielle Belohnung von Komposthaufen.*
- Nicht «optimales» Beispiel: Die Wiese am Abhang unterhalb des Känzeli wird wie jede andere Wiese in der Landwirtschaft zweimal im Jahr gemäht. Ohne Stehenlassen von Rückzugsstreifen. Hier müsste man auf höchstens eine Mad/Jahr gehen. Das wäre naturnaher und wahrscheinlich für die Stadt erst noch günstiger. Allerdings müsste die Bevölkerung auf diesen Wechsel aufmerksam gemacht werden.*
- Nun meine Beobachtung zum Schluss, von heute 11.11., 11.20 Uhr: Unterhalb des Känzeli, am Fuss der «neuen Treppe», an der Brunnenwiesenstrasse, tönte es wieder ohrenbetäubend (selbstverständlich haben die Gartenarbeiter Ohrenschütze aufgesetzt!). Es wurden Laubbläser eingesetzt. Eine dringende Bitte an Stadtrat Feldmann: Sofortiges Verbot dieser zerstörerischen Maschinen.*

*Insgesamt ist der Bericht trotzdem eine gute Grundlage, die nun der Verwirklichung harrt. Aber es gilt immer noch: „An den Taten sollt ihr sie erkennen.“(1. Johannes 2, 1-6). Auch ein Hinweis an die EVP!*

Für die FDP-Fraktion referiert Peter **Müller** (FDP): *Wir haben diese Motion bei der ersten Diskussion unterstützt. Wir sagten damals: «Wichtig ist im Fall einer Überweisung, dass es keinen Ustermer Alleingang gibt. Massnahmen in Uster sind mit dem Kanton und den Nachbargemeinden abzustimmen.» und „Wir wollen sehen, was die Stadt effektiv für den Schutz der Artenvielfalt tun kann, bevor Geld fliesst. Einem Massnahmenkonzept werden wir nur dann zustimmen können, wenn wir von der Wirksamkeit der Massnahmen überzeugt sind.»*

*Was wir jetzt vorgelegt bekommen haben, entspricht diesen Wünschen in weiten Teilen. Wir haben den Eindruck erhalten, dass mit dem geplanten Konzept ein wesentlicher Beitrag zum gezielten und effektiven Mitteleinsatz im Bereich der Biodiversität geleistet wird. Man will sich bei den genannten ökologischen Schwerpunktgebieten auf konkrete Massnahmen fokussieren und ist sich bewusst, dass die Umsetzung der Massnahmen mehrere Jahre dauern wird und auf diese auf die vorhandenen Ressourcen angepasst werden muss.*

*Nicht zuletzt kann das Biodiversitätskonzept auch als ein Element eines Nachhaltigkeitsberichtes verstanden werden, über den wir wahrscheinlich im Januar 2020 diskutieren werden. Die Vorgehensweise, wie hier gearbeitet wird, kann für den Nachhaltigkeitsbericht vielleicht sogar als Referenz herangezogen werden.*

*Wir zählen weiterhin auf das Augenmass der Verwaltung bei der Erarbeitung des Beschlussentwurfes, insbesondere bei der vorgeschlagenen Etappierung der Massnahmen und den damit verbundenen benötigten Ressourcen. Wir werden diese wie erwähnt kritisch prüfen und hinterfragen.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Mary **Rauber** (EVP): *Mit ihr ist das Zusammenleben kein Problem, sie wohnt in Trockenmauern und ist friedfertig und fleissig. 2019 wurde sie zum Insekt des Jahres gewählt um damit auf die Bedeutung der bestäubenden Insekten aufmerksam zu machen. Gemeinsam mit 600 Bienenarten in der Schweiz ist die Mauerbiene (*Osmia bicornis*) ein Universalgenie und von grosser Bedeutung nicht nur für Landwirtschaft und Gartenbau. Wildbienen sorgen für zwei Drittel der Bestäubung von Pflanzen. Für ihren Schutz müssen wir gross denken.*

*Uns von der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion haben der Bericht und Antrag des Stadtrates und auch das Biodiversitätskonzept überzeugt. Auch mit der Strategie 2030 bekennt sich Uster zur Nachhaltigkeit. Das ist auch in unserem Sinn, jedoch gibt es doch einiges, was aus unserer Sicht nicht erwähnt wird. Wir fordern Engagement der Stadt für:*

- *Wildblumenwiesen, Trockenmauern für Wildbienen und Insekten-Brücken.*
- *Verbot von benzinbetriebenen Laubbläsern. (Da stimmen wir mit Paul Stopper überein.) Laub soll an gewissen Orten für die Insekten liegenbleiben. (...)*

Zwischenruf von Paul **Stopper** (BPU): *Nicht nur für mit Benzin betriebene Laubbläser, für alle!*

*(...)*

- *eine selektive und intelligente Beleuchtung. Künstliches Licht ist eine grosse Gefahr für Insekten. So geht der Schutz der Insekten Hand in Hand mit einer Reduktion der Energiekosten.*
- *Restriktiver Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln bei der Grünflächenpflege, bzw. Chemikalienverbrauch der Stadt offen legen. Chlorothalonil und andere Chemikalien dürfen unser Grundwasser nicht länger verschmutzen.*
- *Die Stadt soll den Baumbestand massiv erhöhen, auch im Zentrum. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern auch gegen die Hitze im Sommer. Übrigens: Es gibt in Uster einen Klimabaum, welcher einen Platz sucht, wo pflanzen wir diesen?*
- *Die Polizei soll aktiv Bussen für „Littering“ bei Zigarettensmüllern verteilen, da mit einem Stummel bis zu 100 Liter Wasser verunreinigt wird.*
- *Nicht nur Projekte, sondern Anreize für Private Haus-, Wald- und Landbesitzer, damit sie sich für den Schutz der Artenvielfalt einsetzen*
- *Nestmöglichkeiten für Fledermäuse und Mauersegler*

*Nehmen wir uns die fleissige Mauerbiene zum Vorbild. Die biologische Uhr tickt.*

Für die SP-Fraktion referiert Salome **Schaerer** (SP): *Die Motion 511/2018 «Schutz der Artenvielfalt» fordert die Erarbeitung eines Massnahmenkataloges, der strategische und praktische Ziele zur Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt festhalten soll. Der Stadtrat geht in seinem Antrag über das in der Motion geforderte hinaus und präsentiert einen Vorschlag zu einem umfassenden und verbindlichen Biodiversitätskonzept. Der Antrag erläutert umfassend über die bestehenden Inventare, Verordnungen und Strategien auf Bundes-, kantonaler und kommunaler Ebene. Ebenso wird auf bereits bestehende Projekte und das Zusammenarbeiten im Bereich Umwelt, Landschafts- und Naturschutz hingewiesen und deren individuelle Überarbeitung und Erweiterung vorgeschlagen. Diese Stossrichtung wird seitens der SP begrüsst und gutgeheissen. In diesem Sinne unterstützen wir den stadträtlichen Antrag, die Motion als erheblich zu erklären.*

**Hans Denzler** (SVP) zu Mary Rauber (EVP): *Anreize zur Förderung der Biodiversität werden bereits gemacht. Eine Hektare mit Zuckerrüben ergibt nur die Hälfte Ertrag wie eine Blumenwiese. Das ist doch Anreiz genug!*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 22:9 Stimmen:**

- 1. Die Motion 511/2018 betreffend «Schutz der Artenvielfalt» wird erheblich erklärt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## **7 Postulat 531/2019 von Markus Wanner (SP), Ali Özcan (SP), Anita Borer (SVP) und Giuseppe Biacchi (SVP): Museen stärken in Uster; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Der Postulant, Markus **Wanner** (SP), nimmt Stellung: *Ich danke dem Stadtrat für die schnelle und ausführliche Beantwortung des Postulats. Die Frage im Postulat lautet: Welche Massnahmen sind notwendig, um die bestehende Museums-Landschaft in Uster, u.a. Jazzmuseum, Jazzarchiv, Buchdruckmuseum, Schweizerisches Unteroffiziermuseum Compagnie 1861, zu stärken. Die Frage wird ausführlich beantwortet, es ist daher kein Ergänzungsbericht notwendig. Der Stadtrat erwähnt die Beurteilungskriterien und legt die Situation der drei Institutionen dar. Bei jeder Institution zeigt er im Kapitel «Massnahmen der Stadt zur Existenzsicherung» auf, welche zusätzlichen Beträge nötig sind. Beim Swissjazzorama zusätzlich CHF 35'000, beim Graphos zusätzlich CHF 40'000, beim Unteroffiziermuseum zusätzlich CHF 90'000. Total sind das CHF 165'000. Das sind die Maximalforderungen, wenn sich sonst nicht verändert. Nun kann natürlich jede Institution auch etwas dazu beitragen, dass nicht der volle Betrag gesprochen werden muss. Sie kann die ihre Mietfläche reduzieren, einen anderen Standort suchen oder zusätzliche Einnahmen generieren. Diese Punkte müssen zwingend verhandelt werden. Der Stadtrat hat Lösungsvorschläge skizziert. Es liegt in der operativen Kompetenz des Stadtrats, diese mit den Institutionen auszuhandeln. Der Gemeinderat kann strategisch den Rahmen, also die Grösse des Geldkuchens festlegen.*

*Warum erhöht der Stadtrat überhaupt die Mieten im Zeughausareal? Macht er das von sich aus, um das Budget zu entlasten? Nein, macht er nicht deshalb. Sondern weil der Gemeinderat das vom ihm verlangt. Am 22. Januar 2018 hat der Gemeinderat u. a. das Zwischennutzungskonzept mit 30:3 Stimmen bewilligt. Darin heisst es: «Die Mietverhältnisse mit den Ateliers, Museumsräumen und Aussenflächen werden überprüft und neu verhandelt», und «Die Bewirtschaftung bzw. die Zwischennutzung erfolgt wie bisher kostenneutral. Die Kosten für Bewirtschaftung, Facility Management und Kommunikation werden durch die Mieterträge gedeckt». Vielleicht waren wir uns dazumal nicht genau bewusst, was dieser Beschluss auslöst. Jetzt wissen wir es und können bei der Budgetdebatte allenfalls eingreifen.*

*Dieser Eingriff betrifft aber nicht das beschlossene Zwischennutzungskonzept. Aber via Kulturförderung und einen Leistungskontrakt kann die Basis für einen höheren Beitrag geschaffen werden. Der Vorteil bei diesem Vorgehen liegt darin, dass nicht kulturelle Leistungen und Quadratmeter bzw. Quadratmeterpreise miteinander verknüpft werden, sondern kulturelle Leistungen mit entsprechender Geldleistung.*

*Die Arbeit der drei Institutionen wird allseitig geschätzt. Die SP ist der Meinung, dass alle drei einen wichtigen Beitrag zu Usters Identität leisten und erhalten bleiben sollen Sie haben enge Bezüge zu Usters Wirtschaftsgeschichte, Arbeitswelt und Musikszene. Das erwähnt auch der Stadtrat in der Beantwortung des Postulats. Und die Kulturkommission schreibt: «zahlreiche Freiwillige leisten mit einer professionellen Tätigkeit ein grosses, unbezahltes Engagement einen wichtigen Beitrag für das historische Erbe». Was aber auch gesagt wird ist, dass sich die drei Institutionen dem Wandel der Zeit stellen müssen. Eine reine Sammlertätigkeit soll nicht unterstützt werden. Und sie sollen Zukunftsperspektiven aufzeigen, damit ein Leistungskontrakt abgeschlossen werden kann.*

*Das Kulturbudget in Uster ist knapp. Das müssen die Kulturschaffenden immer wieder erleben. Ich erinnere da an vor 11 Jahren, als das einzige professionell geführte Museum, die Villa am Aabach, nach einer Volksabstimmung geschlossen worden ist.*

*Die drei Institutionen aus den bestehenden Kulturgeldern zu unterstützen, ist nicht möglich. Das Budget der Leistungsgruppe Kultur beträgt CHF 765'000.-. Davon sind für Förderbeiträge CHF 450'000 vorgesehen. Diese drei Beiträge würden dann beinahe die Hälfte der Förderbeiträge ausmachen.*

*Wir sprechen heute über das Swissjazzorama, das Graphos und das Unteroffiziermuseum. Diese Organisationen betreiben eine grosse Lobbyarbeit. Das ist richtig so. Ich möchte aber doch auch auf ein Kulturangebot aufmerksam machen, das weniger «laut», aber deshalb nicht weniger wichtig ist. Das Projekt «Kunst und Schule» soll in Zukunft massiv weniger Geld erhalten. Hier geht um die kulturelle Bildung unserer Schülerinnen und Schüler. Sie sind heute Abend nicht auf der Tribüne vertreten. Das heisst aber nicht, dass dieses Angebot weniger wichtig ist.*

*Die SP wird an der Budgetsitzung im Dezember eine Erhöhung des Kulturbudgets beantragen. Es ist allein der politische Wille, der entscheidet, ob Uster diese drei Institutionen will. Sind sie uns das Wert? Ich bin gespannt, ob alle, welche heute die weitere Unterstützung von Swissjazzorama, Graphos und Unteroffiziersmuseum fordern, in drei Wochen auch ja zu einer moderaten Budgeterhöhung sagen. Ein Ja zu einem Stück Ustermer Identität.*

Die Stadtpräsidentin, **Barbara Thalmann**, nimmt Stellung: *Danke für die Ausführungen von Markus Wanner. Alle Diskussionen, die geführt worden sind, worden aufgenommen. Summa summarum geht es jetzt um Geld in dieser „Geschichte“. Wir müssen das Zeughausareal kostendeckend vermieten, sind Sie darum bereit, zusätzliche Finanzmittel zu sprechen? Diese Diskussion müssen wir in der Budgetdebatte am 2. Dezember 2019 führen. Wir haben jetzt eine Ausgangslage erstellt. Ich bin gespannt, wohin uns die weitere Diskussion führen wird. Und wir werden weiterhin über dieses Thema sprechen müssen, stimmen Sie jetzt aber unserem Bericht und Antrag zu und dann können wir weitersehen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Eveline **Fuchs** (Grüne): *An der letzten Gemeinderatssitzung lagen auf jedem Platz von uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten eine Minibroschüre mit dem bereits viel zitierten Titel „Strategie Uster 2030“. Der Stadtrat benennt darin fünf Handlungsfelder. Auf Seite 13 steht u. a. geschrieben: Auf dem Zeughausareal wird ein Kultur- und Begegnungszentrum realisiert. Bei solcher Zukunftseuphorie scheint manchmal vergessen zu gehen, dass sich auf diesem Areal bereits schon seit Jahren engagierte Personen dafür einsetzen, das kulturelle Angebot in Uster zu bereichern. Es mag sein, dass diese Museen und Sammlungen nicht allen Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Stadt spektakulär erscheinen – nur: welche Kulturschaffenden können das je von sich und ihren Tätigkeiten behaupten? Es ist ja genau dieser Reichtum an verschiedenen Facetten, welcher ein lebendiges Kulturleben in einer Stadt ausmacht. Das beeindruckende Engagement der freiwilligen Betreiber der heute zur Diskussion stehenden drei Einrichtungen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden und verdient unseren grossen Respekt. Doch dieser allein nützt nicht viel, wenn die Fixkosten nicht mehr gedeckt werden können – Fixkosten, auf welche nicht nur die Betreiber selber, sondern auch die Stadt und ihre Politik, also auch wir im Gemeinderat, einen entscheidenden Einfluss haben. Es geht in der aktuellen Finanzsituation nicht darum, Geld nach dem Giesskannenprinzip zu verteilen. Es geht vielmehr darum, Freiwilligenarbeit zu würdigen und zu entschädigen. Leistungen, die dazu beitragen, unsere Stadt lebendiger, spannender und interessanter zu machen. Dabei ist klar: sollen diese drei Einrichtungen weiterbestehen können, ist es notwendig, das Kulturbudget 2020 zu erhöhen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Steuerfuss-Diskussion, wird sich unsere Fraktion in den nächsten Wochen nochmals intensiv mit dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Kulturbudget und der Situation der drei im Fokus stehenden Institutionen befassen. Darüber hinaus werden wir das Gespräch in dieser Sache auch über die Parteigrenzen hinweg suchen. Ziel dabei wird es sein müssen, einen für alle Beteiligten gangbaren Weg zu finden. In Bezug auf die heute zur Abstimmung kommende Postulatsantwort des Stadtrates hat unsere Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Anita **Borer** (SVP): *Heute reden wir über die Museen, die aktuell im Verband der Museen Schweiz für Uster eingetragen sind. Dies sind das Graphos Buchdruckmuseum, das Schweizerische Unteroffiziersmuseum und das Swissjazzorama.*

*Die Fragen, die wir uns stellen, sind:*

- *Wollen wir die drei Institutionen in Uster?*
- *Beziehen wir die drei Institutionen in den Kulturbegriff mit ein?*
- *Wollen wir eine Lösung für die drei Institutionen?*

*Wenn die Antworten auf diese Fragen «ja» sind, lautet die nächste Frage:*

- *Wie lösen wir den Schmerz der drei Institutionen?*

*Geschätzte Damen und Herren, wir wollen die drei Institutionen weiterhin in Uster, finden, dass sie zu einer vielfältigen Kultur dazugehören und wollen eine entsprechend tragbare Lösung.*

*Daher gleich einleitend: Wir verlangen einen Ergänzungsbericht zum Postulat, weil für uns zu viele Fragen nicht beantwortet und völlig intransparent sind. So sind z. B. das Vermietungskonzept und die Mietsituation eine Blackbox.*

*Beide Seiten – die Stadt Uster sowie die drei Institutionen – haben Argumente, die für die jeweilige Sichtweise sprechen. Nun gilt es, eine Lösung zu finden, die gemeinsam tragbar und vertretbar ist. Eine Win-Win-Situation. Und meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass es das gibt, wenn beide Seiten bereit sind, miteinander eine Lösung zu finden.*

*Wir haben uns intensiv mit dem Thema befasst und uns auch mit den Museen-Vertretern abgesprochen. Ich fasse kurz zusammen, was die drei Institutionen wollen und schildere unsere Gedanken dazu:*

*Swissjazzorama: Das Swissjazzorama möchte einen Platz im Kulturzentrum Zeughaus, weil sie dann eine geringere Miete hätten als am aktuellen Ort. Nötig wäre Platz für einen kleinen Museumsteil, ein Archiv und Arbeitsplätze. Der Stadtrat antwortet im Postulat, dass sie es sich gut vorstellen könnten, dass das Swissjazzorama seinen Ausstellungs- und Vermittlungsbetrieb auf dem Zeughaus konzentriert, dies sei sogar vorgesehen.*

*Super, da scheint es – zumindest, wenn man der Postulatsantwort glaubt – auf dem Papier schon eine Lösung zu geben. Also wieso harzt es?*

*Wir verlangen, dass der Stadtrat diesem Ansinnen nachkommt und auch Hand bietet, für das Archiv eine geeignete Lösung zu finden.*

*Graphos: Graphos möchte eine Verlängerung des Mietvertrages, ohne Fläche abgeben zu müssen. Eine etwas höhere Miete wäre für sie ok, jedoch nicht um das doppelte, wie aktuell vorgeschlagen. Der Stadtrat antwortet, dass im Museumsbetrieb die Zwischennutzung vorgesehen sei. Jedoch sei noch eine Lösung zu finden, die mit dem Vermietungskonzept und dem Zeughaus-Leitbild vereinbar sei. Auch hier ist offensichtlich ein Wille da, nur der Weg noch nicht.*

*Wir verlangen, dass der Stadtrat eine Lösung für die Miete findet. Was uns hierbei stört ist, dass der Stadtrat Bezug nimmt auf ein Vermietungskonzept, das aber partout hinter verschlossenen Türen gehalten wird. So fehlt uns eine wichtige Entscheidungsbasis.*

*Unteroffiziersverein: Der UOV möchte ins Gebäude Winikon 1. Der Stadtrat erklärt, dass mit dem UOV eine Miet- oder Baurechtslösung gefunden werden müsste.*

*Wir verlangen, dass der Stadtrat auch hier eine gemeinsame Lösung findet. Die Gründe, weshalb, z. B. noch keine Lösung im Baurecht oder in Absprache mit dem Bund gefunden wurde, sind uns nicht klar.*

*Aus der geschilderten Ausgangslage ergeben sich für uns folgende Fragen für einen Ergänzungsbericht.*

*Allgemein:*

- Wie sieht die aktuelle Rechnung des Zeughausareals inkl. der Kosten der Bewirtschaftung aus (Einnahmen vs. Ausgaben – bitte um genaue Aufschlüsselung aller Rechnungspositionen)?*
- Noch immer befinden wir uns in der Zwischennutzung. Eine Veränderung ist für die Mieter nicht spürbar. Weshalb müssen die Mieten zur Kostendeckung bereits heute erhöht werden? Bitte um nachvollziehbare Aufstellung.*
- Welche Mieter sind sonst noch auf dem Zeughausareal eingemietet und welche Miete bezahlen sie?*
- Was sind die Inhalte des Vermietungskonzepts? Bitte um entsprechende Veröffentlichung.*
- Welche Subventionen werden an welche Institutionen auf dem Zeughausareal ausgerichtet?*

*Swissjazzorama:*

- Der Stadtrat sieht im Zwischennutzungskonzept vor, das SJ auf dem Zeughaus zu integrieren. Wieso konnte dies noch nicht umgesetzt werden, da es doch im Willen beider Parteien wäre?*
- Welche Optionen bzw. Räume bestehen, um das swissjazzorama auf dem Zeughausareal zu integrieren?*
- Was wäre aus Stadtratssicht eine Win-win-Situation; sowohl für den Stadtrat als auch für das Swissjazzorama?*

*Graphos:*

- Welche Optionen sieht der Stadtrat, um Graphos entgegenzukommen (ohne den Staatsbeitrag zu erhöhen)?*
- Welche Lösungen – nebst der Mietpreiserhöhung und dem Auszug aus dem Zeughaus – wurden bereits geprüft und aus welchen Gründen verworfen?*
- Wie können die von Graphos eingebrachten Investitionen berücksichtigt werden?*

UOV:

- Ist eine Abgabe von Räumlichkeiten im Baurecht möglich? Wenn ja, würde der Stadtrat Hand dazu bieten? Wenn nein, weshalb nicht?
- Welche weiteren Optionen gibt es, um dem UOV einen geeigneten Raum zu bieten?
- Fand seitens des Stadtrates eine Absprache mit dem Bund statt? Welche Optionen bestehen in Zusammenarbeit mit dem Bund? Wenn keine Absprache stattfand, weshalb nicht und ist der Stadtrat bereit dazu?

Meine Damen und Herren, Uster gibt aktuell für Kultur rund 650'00 Franken jährlich aus. Leistungsziel Nr. 1 zum Thema Kultur lautet: «Der Bevölkerung steht ein vielseitiges Kunstangebot (inkl. Darstellende Kunst, Musik und Literatur) zur Verfügung.» Für uns ist unverstänlich, dass darin nicht auch ein Entgegenkommen für die drei Institutionen drin liegt. Der Schrei nach pauschal mehr Mitteln ist uns zu einfach.

Sollte unserem Ergänzungsbericht nicht zugestimmt werden, werden wir auf anderem Wege vorstössig werden, um an unsere Antworten zu gelangen. Wir behalten uns zudem vor, mittels Leistungsmotion oder anderen Anträgen Lösungen zu initiieren, sollte der Stadtrat keine alternativen Lösungen vorschlagen.

Wir hoffen daher, dass auch die anderen Fraktionen einem Ergänzungsbericht zustimmen, damit wir seriöse Entscheide fällen können.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser** (FDP): Dank dem Postulat sind wir nun gefordert, eine kulturpolitische Würdigung dieser Sammlungen vorzunehmen. Die Aufgabe, die wir uns mit diesem Postulat selber gegeben haben, ist anspruchsvoll.

Nicht nur, aber zu einem grossen Teil geht es hier um eine Zeughausdiskussion. Mit der Entwicklung des Zeughausareals zu einem städtischen Kulturzentrum werden die Karten neu gemischt. Das ist allen bekannt, spätestens seit wir im Gemeinderat am 22. Januar 2018 Eckwerte und Ziele für die Entwicklung des Areals sowie ein Zwischennutzungskonzept beschlossen haben. Der Gemeinderat hat sich damals unter anderem klar für eine Belebung des Areals und deshalb für frequenzstärkere Nutzung der Untergeschosse ausgesprochen, aber auch für den kostendeckenden Betrieb. Dazu beauftragte er den Stadtrat mit einer Überprüfung und Neuverhandlung aller Mietverhältnisse. Die FDP steht auch heute zu den Beschlüssen des Gemeinderats vom 22. Januar 2018 und verlangt vom Stadtrat deren Umsetzung.

Bei einer solchen Ausgangslage kommt es unweigerlich zu unbequemen Aushandlungsprozessen; was es aber nicht gibt, ist Gewohnheitsrecht, weil von Anfang an klar war, dass irgendwann neue Spielregeln für das Areal definiert werden. Das ist im Januar 2018 geschehen. Ich denke aber, dass wir in diesem Saal damals eine Umsetzung mit Augenmass wollten. Bei allen Organisationen führt kein Weg an Verhandlungen mit der Stadt vorbei. Ein Abbruch von Gesprächen ist keine Option. Auch wir hoffen, dass beim Graphos eine Lösung gefunden werden kann, die den vom Gemeinderat verabschiedeten Zielsetzungen Rechnung trägt und gleichzeitig dem Graphos eine Weiterexistenz im Zeughaus ermöglicht. Angesichts der Mitgliederentwicklung ist die Frage dort vielleicht eher, von welchem Zeithorizont man bei einer solchen Lösung ausgeht.

Beim UOV scheint mit dem Zeughaus Winikon 1 eigentlich ein Lösungsansatz zu bestehen. Der Stadtrat schreibt, es müsse eine Miet- oder Baurechtslösung gefunden werden. Damit bietet die Stadt ja schon Hand für eine Lösung.

Mit dem Swissjazzorama schliesslich beheimatet Uster eine schweizweit einmalige Sammlung, die auch einer Lösung bedarf. Dass städtische Subventionen in die Bezahlung hoher Mietkosten für Gewerberäume fliessen, ist unbefriedigend. Aus unserer Sicht ist eine Lösung auf dem Zeughausareal zu finden. Ein Jazzarchiv im Kulturzentrum – das passt. Das würden wir unterstützen. Natürlich, das geschieht nicht morgen. Aber mit einer solchen Perspektive lässt sich über eine Lösung diskutieren, mit der Stadt und mit anderen Geldgebern.

Wenn wir nachher dem Bericht des Stadtrats zustimmen, tun wir das, weil wir die Auslegeordnung nachvollziehen können. Eine Erhöhung des Kulturbudgets für den Erhalt der Sammlungen lehnen wir ab; unser Kulturbudget muss reichen. Es wäre nicht überraschend, wenn die Einigkeit der Postulanten bei diesem Punkt ihr Ende haben wird. Und was die Stadt für alle Organisation nicht lösen kann, sind Probleme beim Mitgliederbestand. Subventionen müssen nachhaltig sein, das sind wir den Steuerzahlern schuldig.

*Und gleichzeitig ist es für uns undenkbar, die im Bericht des Stadtrats ausgewiesenen Beträge innerhalb des bestehenden Kulturbudgets für den Erhalt dieser Sammlungen zu binden. Dafür ist uns da übrige Kulturangebot in Uster zu wichtig.*

*Wir möchten die Diskussion zu diesem Postulat hier abschliessen und den Ball wieder dem Stadtrat und den drei Organisationen zurückgeben. Die Lösungen sind im Graubereich, nicht im Schwarz- oder Weiss-Bereich zu suchen. Wir wünschen uns von allen Beteiligten, dass die Dialoge fortgesetzt werden. Wir lehnen daher auch den Antrag der SVP/EDU-Fraktion für einen Ergänzungsbericht ab.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ivo **Koller** (BDP): *Das Postulat hat Licht ins Dunkel der Museumslandschaft gebracht. Hier auch ein Dankeschön an die drei Museen für die offenen Türen. Wir haben uns ein gutes Bild von der Situation machen können.*

*Dies ermöglicht haben einerseits die detaillierten Ausführungen des Stadtrates aber andererseits auch die speziellen Besichtigungsmöglichkeiten für den Gemeinderat. Ein Dankeschön an die drei Museen für die offenen Türen. Auch wenn wir Gemeinderäte nun noch keine Museums-Experten sind, alle Interessierten konnten sich ein gutes Bild von der aktuellen Situation machen.*

*Die drei Museen könnten wohl unterschiedlicher nicht sein. Die grosse Gemeinsamkeit ist die Freude und der Enthusiasmus am jeweiligen Thema und der unentgeltliche Einsatz vieler Ehrenamtlicher. Es gebührt deshalb sämtlichen Mitwirkenden in den drei Museen der entsprechende Respekt. Man kommt jedoch nicht umhin auch eine kritische Würdigung vorzunehmen. Augenfällig ist sicherlich, welche grossen Unterschiede hinsichtlich Professionalität bestehen. Dabei überragt das Swissjazzorama die beiden anderen Museen. Umso bedauerlicher erscheint der negative Entscheid des Bundes dem Swissjazzorama keine Fördergelder zuzusprechen. Negativ fällt auf, dass der Unteroffiziersverein gar keine Miete bezahlt. Aus unserer Sicht ein Privileg, welches im Sinne der Gleichbehandlung abzulehnen ist. Der Unteroffiziersverein und Graphos belegen im Zeughausareal sehr grosse Flächen, welche der Entwicklung des Zeughausareals zumindest nicht förderlich erscheinen. Zudem fällt die sehr grosse Sammlertätigkeit auf.*

*Bei der Überweisung des Postulats habe ich gesagt, dass sich die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion wie immer auch die Frage stellen wird, „was kann und darf noch eine staatliche Aufgabe sein?“, und dies unabhängig davon, ob wir noch jemanden in einem Verein kennen. Nach den Voten meiner Vorredner kann ich festhalten, dass die anderen Fraktionen Klientelpolitik betreiben. Da machen wir nicht mit.*

*Durch die Überweisung haben wir den Ball sozusagen bewusst an den Stadtrat zugespielt. Wir haben aber auch gewusst, dass der Ball wieder zu uns zurückkommt. Deshalb gilt es nun durch den Gemeinderat auch Verantwortung zu übernehmen und sich nicht hinter leeren Worthülsen zu verstecken. Im Grunde genommen interessiert die hier anwesenden Beteiligten ja auch hauptsächlich die Frage nach der weiteren Finanzierung.*

*Die Budgetdebatte soll nicht heute stattfinden. Trotzdem kann ich Ihnen stand heute mitteilen, dass die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion die klare Haltung vertritt, dass wir eine Erhöhung der Förderbeiträge für die drei Museen ablehnen. Das Kulturbudget soll auf dem heutigen Stand belassen werden.*

*Die Mehr-Finanzierung der drei Institute in der gewünschten Höhe kann und soll nicht eine städtische Aufgabe sein. Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion ist klar, dass wir zu den Grundsätzen der kostendeckenden Bewirtschaftung auf dem Zeughausareal stehen, wobei für die Vereine ja richtigerweise ein Rabatt gewährt wird. Über die Höhe des Rabatts soll diskutiert werden können. Ebenso kommt für uns ein Verkauf von Winikon 1 nicht in Frage. Ein Ausnahmefall kann hier sicher nicht geltend gemacht werden.*

*Die Postulatsantwort des Stadtrates lässt bedauerlicherweise wenig Spielraum. Trotzdem möchten wir die Türen nicht komplett zuschlagen und den Stadtrat sowie die Verantwortungsträger der Museen auffordern, weiterhin an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten. Gesprächsabbrüche, so wie das Graphos medial verkündet hat, haben in der Vergangenheit jedoch selten zu besseren Lösungen beigetragen.*

*Wir werden der Postulatsantwort zustimmen. Einen unnötigen Ergänzungsbericht lehnen wir ab. Schlussendlich geht es darum Geld zu sprechen und Farbe zu bekennen. Es ist bedauerlich, wenn heute, wie das die SVP macht, nicht Klartext gesprochen wird und die Entscheidung versucht wird zu verzögern.*

Paul **Stopper** (BPU): *Etwas Allgemeines zum Bericht.. Der Bericht will durch seine Länge eine gewisse Seriosität vortäuschen. Das ist aber nicht so. Der Stadtrat verweist einfach immer darauf, dass eine vermehrte Berücksichtigung der Ustermer Museen Geld kostet und überlässt es dem Gemeinderat, diese zu bewilligen – oder eben nicht.*

*Nachdem der Stadtrat ausführlich über die Definition des Begriffes «Museen» berichtet, leitet er in eine Selbstbemitleidung über. Auf Seite xx (Der Bericht zum Postulat 531 enthält nicht einmal Seitenzahlen!!!) lässt er die Bemerkung fallen, dass der «letzte professionell geführte Museumsbetrieb, die Villa am Aabach, 2008 geschlossen wurde, nachdem das Volk einen Kredit von 900'000 Franken für einen dreijährigen Betrieb mit 62.5 % abgelehnt hat». Nun, das Projekt war jetzt wirklich jenseits eines Museums. Es war einfach ein Hobby von ein paar speziell gelagerten Kultur-Personen, ähnlich der heutigen AKKU-Kunstkiste. Die Ablehnung durch das Volk erfolgte zu Recht. Ich war auch gegen die damalige Steuergeldverschleuderung. Diesem Volksentscheid mehr als zehn Jahre aber immer noch nachzutruern, obwohl im Postulat dazu gar nichts erwähnt wird, ist nun für mich mehr als peinlich.*

*Die Kulturkommission bestimmt, was passiert und was nicht! Der Stadtrat stellt sich kritiklos hinter seine Kulturkommission, die sich gegen eine Stärkung der Museen stellt. Dieser Kommission «erscheint es zielführender, die knappen Kulturgelder in die Schaffung, Produktion und Vermittlung von gegenwärtiger Kultur zu investieren anstatt sie mit festen Beiträgen an Archive und Museen zu binden». Und weiter: «Aus dem aktuellen partizipativen Prozess zum neuen Kulturleitbild ergeben sich zudem andere Schwerpunkte für die Ustermer Kulturpolitik. (...) so zum Beispiel die Entwicklung und den Betrieb des Zeughausareals, (...) oder die Unterstützung der Sozio- und Laienkultur.» Erklären sie mir mal in einfachen Worten, was das ist. Ist da der Turm auf dem Zeughausareal mit-einbezogen? Kosten von mehr als Fr. 80'000!*

*Hingegen im Zeughaus für Träume Steuergelder auszugeben und dazu versprechen, für den Kulturtempel weitere Millionen ausgeben zu wollen, sich gleichzeitig aber gegen «reine Sammlertätigkeit» auszusprechen, zeugt nicht gerade von viel Kompetenz dieser Kommission. Ja was ist dann das Landesmuseum in Zürich oder das Kunsthaus Zürich anders als die Ustermer Museen? Das Kunsthaus ist eine reine Bildersammlung für eine ganz kleine Bevölkerungsschicht?*

*Fazit dieser Kommission: «Ein zusätzliches finanzielles Engagement der Stadt kann auf keinen Fall zulasten des bestehenden Kulturbudgets erfolgen (...)» meint die Kommission. Und der Stadtrat teilt diese Einschätzung und er verzichtet darauf, dem Gemeinderat eine Erhöhung des Globalkredits zu beantragen.*

*Andere Oberländer Gemeinden sind stolz auf Ihre Museen und Sammlungen. Man schaue sich doch den Tourismusführer von «natürli Zürioberland» an. Darin rühmen sich fast alle Gemeinden mit ihren Museen, so z. B. Grüningen mit seinem Schlossmuseum, mit dem Zinnfiguren-Museum, dem Imkerei-Museum oder Maur mit der David-Herrliberger-Sammlung und der Mühli/Sagi. Uster muss etwas stolzer auf die Tätigkeiten der Bürger sein.*

*Gegenwärtiger Umgang mit den Museen: Was den Stimmbürger und Steuerzahler hellhörig macht ist, wenn die Stadt verkündet, sie wolle das Zeughaus-Areal kostendeckend betreiben, und dies auf Kosten von Museen und von gemeinnützigen Institutionen wie die Graphos oder des Unteroffiziers-Museums.*

*Die Mediation mit Graphos konnte so nicht geführt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Mediation zwischen Stadt und Graphos ziemlich einseitig geführt wurde, nämlich gebieterisch von der Stadt aus: Mehr Geld und weniger Fläche. Es stellt sich die Frage, ob der Verhandlungspartner der Stadt (Kulturbeauftragte) der richtige war – und überhaupt möchte ich hier generell die Frage stellen, ob der gegenwärtige Kulturbeauftragte die richtige Person ist oder ob ein Wechsel nicht besser wäre. Hier ist die Stadtpräsidentin gefordert.*

*Mein Spar-Vorschlag: Abschaffung des Stadtpreis-Geldes. Mit der Abschaffung des Preis-Geldes kann ein Teil der notwendigen Finanzen für eine sinnvolle, von der Bevölkerung gewünschte Museumskultur in Uster generiert werden. (30'000 Preisgelder plus üppige Feierlichkeiten). Die Geehrten werden den Preis sicher auch ohne Geld entgegennehmen. Sonst sollen sie es sein lassen!*

Patricio **Frei** (Grüne). *Die SVP hat dieses Geschäft, wie es Anita Borer erklärt hat, «seriös vorbereitet». Dazu gehört, dass die SVP den Antrag für einen Ergänzungsbericht heute um 15:05 Uhr an die übrigen Fraktionen verschickt hat – also nicht einmal drei Stunden, bevor wir uns hier getroffen haben. Wie soll da eine seriöse Behandlung innerhalb der Fraktion möglich sein?*

*Nicht nachvollziehbar ist für uns, was die SVP mit diesem Antrag bewirken will?*

*Es ist doch ganz einfach:*

*Wer die drei Museen unterstützen will, muss in der anstehenden Budget-Debatte mehr Geld für die Kultur sprechen.*

*Wer dagegen ist, wird sich dann gegen diese Erhöhung aussprechen.*

*Jetzt noch einen Ergänzungsbericht zu verlangen macht überhaupt keinen Sinn: Die verlangten Antworten wird es nicht vor der entscheidenden Budgetdebatte geben.*

*Was soll denn nun ein Ergänzungsbericht bringen?*

*Ist dieser Antrag vielleicht einfach eine Finte einer Fraktion, die nicht bereit ist, die Karten auf den Tisch zu legen? Mit diesem Antrag erweckt die SVP den Eindruck, dass sie nicht bereit ist, zusätzliche Ausgaben für die Kultur zu sprechen.*

Anita **Borer** (SVP). *Dazu muss ich sofort antworten. Es braucht eine langfristige Lösung und nicht eine kurzfristige Erhöhung von Finanzmitteln über das Budget. Lösungen sind vorgeschlagen worden und zielen nicht allein auf eine Budgeterhöhung. Wie wir uns beim Budget verhalten werden, wird sich zeigen.*

Markus **Wanner** (SP): *Gemeinsame Lösungen sind möglich, wenn beide Seiten das wollen und von Maximalforderungen abkehren. Das erwarte ich. Abbruch von Gesprächen ist kein guter Ansatz für eine Lösung. Ich danke der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion und der FDP-Fraktion, denn deren Haltung ist zielführend. Alle Forderungen für einen Ergänzungsbericht lösen Kosten aus und stellen eine Verzögerungstaktik dar. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Wir müssen in drei Wochen entscheiden.*

**Balthasar Thalmann** (SP): *Über „Google“ können wir die Förderbeiträge einsehen, die die Stadt Uster in den letzten Jahren gesprochen hat. Auch die Kauf- und Verkaufsstrategien können eingesehen werden. Alle Fragen, die Anita Borer heute gestellt hat, sind beantwortet. Werden die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt – auch in den Kommissionen – gestellt, erhalten wir diese Antworten.*

Anita **Borer** (SVP): *Die Fragen sind eben nicht beantwortet und auch nicht mit „Google“ herauszufinden. Ich möchte zum Beispiel gerne mehr über das Vermietungskonzept erfahren und entsprechende Einsicht erhalten.*

Paul **Stopper** (BPU): *Eine Rechnung möchte ich noch gesehen haben. Wofür steht der Betrag von CHF 90000 für das Unteroffiziersmuseum? Das ist beim Graphos offensichtlich das gleiche Nullsummenspiel.*

## **Detailabstimmung**

**Anita Borer (SVP) beantragt einen Ergänzungsbericht.**

**Der Antrag wird mit 10:22 Stimmen a b g e l e h n t .**

**Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 20:8 Stimmen:**

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 531/2019 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

**8 Postulat 518/2018 von Markus Ehrensperger (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP) und Silvio Foiera (EDU): Öffentliche Velopumpen an ausgewählten Standorten; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Das Geschäft wird vertagt.

**9 Postulat 510/2018 von Florin Schütz (SP) und Salome Schaerer (SP): Unterzeichnung "Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor"; Bericht und Antrag des Stadtrates**

Das Geschäft wird vertagt.

## 10 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 2. September 2019 sind beim Bezirksrat Uster bis 18. Oktober 2019 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 23. September 2019 sind beim Bezirksrat Uster bis 8. November 2019 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Gemeinderatsbeschlüsse vom 2. September 2019, Referendumsfristablauf: Die Frist für das fakultative Referendum gegen die Weisung 34/2019 der Sozialbehörde ist am 21. Oktober 2019 unbenutzt abgelaufen.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 560/2019 von Patricio Frei (Grüne), Eveline Fuchs (Grüne) und Larissa Weile (Grüne) vom 24. September 2019: Flugshow der Patrouille Suisse in Uster anlässlich des 40. Greifenseelaufs
- 561/2019 von Paul Stopper (BPU) vom 3. Oktober 2019: Unterführung Winterthurerstrasse
- 562/2019 von Christoph Keller (SVP) und Anita Borer (SVP) vom 16. Oktober 2019: „Frauenstreiktag 2019 in Uster – Sachbeschädigung durch eine Stadträtin?“

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) hat am 21. Oktober 2019 Marco Ghelfi (Grüne) zu ihrem Vizepräsidenten für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 25. September 2019 von Bevölkerungsschutz, Einladung zu den Hauptübungen 2019 der Feuerwehr Uster auf 2. November 2019 und 9. November 2019
- 21. Oktober 2019 die Einladung der Schützengesellschaft zum 51. Ustertag-Schiessen auf Samstag, 16. November 2019, 11 Uhr vor dem 300-Meter-Schiesstand Mühleholz
- am 2. November 2019 den Beschluss Nr. 2019-745 der Sozialbehörde vom 29. Oktober 2019: Kennzahlenvergleich Sozialhilfe Schweizer Städte 2018 mit Bericht „Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten Berichtsjahr 2018, 14 Städte im Vergleich“ vom Oktober 2019 und Bericht „Sozialhilfe im Kontext des Strukturwandels – 20 Jahre Kennzahlenvergleich in den Schweizer Städten“ vom Oktober 2019
- 11. November 2019 den Umweltbericht 2019 der Stadt Uster vom Oktober 2019
- 11. November 2019 Voranzeige LG Verkehrsplanung betreffend Eröffnungsfeier der neuen Buslinie 818 auf Mittwoch, 18. Dezember 2018, 17:30 Uhr (vergleiche Leistungsmotion 557/2016).
- 11. November 2019 Einladung Verein „Zürich erneuerbar“ auf Freitag, 29. November 2019, 16 Uhr auf dem Areal der ehemaligen Chemie Uetikon am See: „Energieeffizienzen und erneuerbare Energien – was können Gemeinden tun?“
- 11. November 2019 Zuschrift Gewerbeverband Uster vom 8. November 2019 betreffend Budget 2020 und Steuerfusserhöhung (vergleiche Weisungen 24/2019 und 29/2019)
- 11. November 2019 Zuschrift Wirtschaftsforum Uster vom 6. November 2019 betreffend Budget 2020 und Steuerfuss (vergleiche Weisungen 24/2019 und 29/2019)

Die Mitglieder der Kommission Bildung und Kultur haben am 6. November 2019 erhalten:

- Zuschrift des Gemeindevereins Nänikon vom 6. November 2019 betreffend Aufhebung der Budgetkürzung an der Bibliothek Nänikon (vergleiche Weisung 24/2019)

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 2. Dezember 2019 (Doppelsitzung) statt.

Im Anschluss an die heutige Sitzung findet im Stadthaus ein Umtrunk zur Verabschiedung von Meret Schneider aus dem Gemeinderat. Es darf ihr auch zur Wahl in den Nationalrat gratuliert werden.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

23.11.2019

Die Präsidentin  
Ursula Räuftlin

25./26.11.2019

Die Stimmzähler  
Matthias Bickel

Eveline Fuchs

Balthasar Thalmann